

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 2 Februar 2001

36. Jahrgang

## Davos-Horlauben, das Wetter und die Post – und – «sie haben mir den Schnee gestohlen»



Peter Bühler,  
Stadtrat und  
SD-Kantonal-  
präsident,  
Bern

Wie schön wars doch im Januar, als im Unterland nicht nur die Schneeglöcklein blühten, sondern auch einige Kamelien, Hahnenfüsse, Erdbeeren usw. Noch im relativ warmen Dezember sagten die Leute, «s wird wohl erst im Januar richtig Winter...» und im Januar sagten dann die Leute, «s wird wohl erst im Februar richtig Winter.» Nun, man mag am lauwarmen «Winter» Freude haben oder auch nicht. Tatsache ist, dass die durchschnittliche Temperatur im Laufe der letzten hundert Jahre um rund ein Grad gestiegen ist und dass die Zahl der «zu warmen» Monate pro Jahr seit 1995 stark ansteigt. Wir alle sind wohl auch ein bisschen schuld an dieser Entwicklung.

Eine Entwicklung, die offenkundig schneller läuft als dies bisher in der Natur normal war. Und diese fortschreitende Erwärmung ist bedenklich. Sie sollte auch all denjenigen zu denken geben, welche am Schnee nicht gerade grosse Freude haben. Wir haben im Unterland tendenziell immer weniger Schnee, in den Alpen taut der Permafrost mehr und mehr auf, Gletscher schwinden rasch und rascher und die Folge davon sind wohl immer mehr Naturkatastrophen grössten Ausmasses. Pontresina wird deswegen an seinen steilen Hängen oberhalb des Dorfes schon bald – viele Millionen schwer – zusätzliche Schutzmauern bauen müssen. Tut man dies nicht, kann es in einigen Jahren zu gefährlichen Bergstürzen kommen. Wir haben auf unserem Planeten auch immer mehr extreme Wetterlagen, Jahrhundertgewitter, ungeheure Stürme schlimmsten Ausmasses, Überflutungen, Waldbrände usw. Was hat aber das alles mit Davos oder

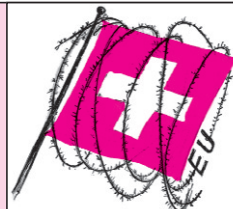
der Post zu tun, werden Sie sich fragen. Die Antwort lesen Sie im nächsten Kapitel.

### So ist es: Sie haben mir den Schnee gestohlen

Diese Feststellung ist wörtlich zu nehmen. Unterhalb von 1200 Metern ist kaum mehr an Winter und Wintersport zu denken. Die Erwärmung sorgt dafür. Und wenn ich schreibe «sie haben mir den Schnee gestohlen», dann meine ich mit «sie» ganz bestimmte Leute, nämlich diejenigen, welche sich jeden Januar im noch regelmässig verschneiten Davos auf 1500 m ü. M. versammeln. Die Prominenten und Regenten, die sich alljährlich am sogenannten Weltwirtschaftsforum von Davos (WEF) treffen, sind diejenigen Leute, welche unsere Welt beherrschen. Diese Konferenz ist zu einer Art Bilderberger-Treffen geworden. Es sind diejenigen, welche für das gigantische Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende sogenannte Globalisierung verantwortlich sind. Globalisierung heisst in kurzen Worten: Immer mehr wirtschaftliche und politische Macht in immer weniger Händen.

Da hat Demokratie und demokratische Mitsprache der Bevölkerung keinen Platz mehr. Diese angestrebte geballte Ladung Macht kann nur mit einer rücksichtslosen Politik erreicht werden. Sie sind rücksichtslos gegenüber der Natur, gegenüber Mensch und Tier. Hauptsache, die Kasse stimmt für die oberen Zehntausend. Das gigantische Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum ist die Ursache der weltweiten Luftverschmutzung, der Versäuerung der Böden, des Meeresspiegelanstiegs und der Abschmelzung der Pole. Eine andere Folge dieser Politik ist die Zweidrittelsgesellschaft, welche immer mehr Wirklichkeit wird. Zwei Drittel (oder noch mehr) der Menschheit sind arm und werden ärmer und ärmer – auch bei uns – und nur noch einem Drittel (oder etwas weniger) geht es relativ gut. Auf welcher Seite dieser zunehmenden Kluft stehen Sie heute? Sind Sie sicher, auch in einigen Jahren noch

## Nein zum EU-Beitritt



Am 4. März 2001 stimmen wir über die Volksinitiative mit dem irreführenden Titel «Ja zu Europa» ab. Das Begehren verlangt, dass der Bundesrat «ohne Verzug» Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) aufnimmt. Wer aber unverzüglich Anschlussverhandlungen fordert, der will in die EU. Ein Ja zu dieser Initiative ist deshalb ganz klar ein Ja zum EU-Vollbeitritt!

Mit einem Anschluss an die EU wird die Schweiz alles verlieren. Die direkte Demokratie wird ausgehöhlt, Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität – bisher die Garantien für Wohlstand, Sicherheit, Frieden und Stabilität – gehen unweigerlich verloren.

Wir Schweizer Demokraten führen wiederum an vorderster Front den Kampf gegen die verhängnisvolle EU-Anschluss-Initiative. In grosser Zahl haben wir ein Flugblatt «Nein zur EU» gedruckt. Noch können auf unserem Sekretariat kostenlos Flugblätter, dazu Anti-EU-Aufkleber und Kleinplakate, auch in grosser Anzahl, bezogen werden. Benutzen Sie dafür bitte den Bestelltalon auf der letzten Seite.

Leider müssen wir wiederum auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Unsere Anti-EU-Kampagne kostet viel Geld. Für Ihre Gabe, ob gross oder klein, ist schon jetzt ganz herzlich gedankt.

Ihre SD-Parteileitung

auf der Seite des oberen Drittels zu stehen?

### WEF-Mentalität = Postpolitik

Die weltweite WEF-Mentalität wird auch von den Einheitsmedien gesteuert. Sie sind mit ein Teil dieses Systems der Unterwerfung der Menschheit unter die Globalisierung. Immer mehr Medien – aber glücklicherweise nicht alle – sind gleichgeschaltet. Damit werden sie zum Machtinstrument der Grossen. Wie sieht das im Kleinen aus, zum Beispiel in unserer Schweiz, am Beispiel unserer Post? In diese Globalisierungs-, Zentralisierungs- und Fusionis-Gesellschaft passt es doch gut, dass viele Poststellen abgebaut werden müssen. He ja, heute hat «man» doch «Email» und macht die Posteingänge elektronisch. Da kümmert es kaum jemanden, dass es auch weite Bevölkerungskreise gibt, die mit dem Entwicklungs- und Fortschritts-

tempo nicht mehr mitkommen. Diese Leute sind zwar oft auch jung, aber doch altmodisch, wie ich,

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 2 Ausblick auf das Jahr 2001
- 3 Nein zur irreführenden Volksinitiative «Ja zu Europa»
- 4 Grossratswahlen im Kanton Aargau
- 6 Leben und Umwelt
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

## Schweiz bald EU-Financier?

Fortsetzung von Seite 1

und wollen ihre Einzahlung noch auf der Post machen. Wenn aber wegen des unaufhörlichen Gewinnstrebens auch ihre Post wegrationalisiert werden muss, was dann? Dann ist das für diese Leute mit ein Steinchen auf ihrem Weg in die unteren zwei Drittel unserer Menschheit. So ist das und so deutlich muss das auch einmal ausgesprochen werden. Und dann noch dies: Im Kanton Graubünden sollen 70% aller Poststellen geschlossen werden. **Raten Sie einmal, welche Poststelle weiterbestehen darf. Richtig! Davos-Horlauben! Und wissen Sie, wo Davos-Horlauben liegt? Direkt neben dem Kongresszentrum, wo sich die WEF-Leute regelmässig treffen...**

## Anti-Globalisierer pilgern nach Davos

Davos wurde Ende Januar zur **Polizei- und Militärfestung** ausgebaut. Es haben sich Gegner des WEF zu Wort gemeldet und angekündigt, dass sie dieses Treffen sprengen

wollten. Die **Medien** haben dies in **kriegerisch-populistisch-reisserischen Tönen** aufgebauscht, so dass grosse Teile der Bevölkerung gegen diese «bösen linken Anti-Globalisierer» aufgebracht wurden. Diese Taktik der Globalisierer ging auch auf. Na ja, wir sind doch brave Schweizerinnen und Schweizer. Bei uns darfs keinen Radau geben. Wir wollen Ruhe, Sicherheit und Geborgenheit, was auch ich nachvollziehen kann und was im Grundsatz auch mein Wunsch ist. Was ist also die Alternative zu Gewalt und Chaos gegen die Globalisierer? **Da könnte ich mir vorstellen, dass es zu einem das Links/rechts-Schema übergeifenden Schulterschluss kommen müsste gegen die mächtigen Globalisierer – aber auf gewaltfreier Basis.** Alle diese Leute müssten aber auch gemeinsam aufstehen, wenn wieder mal eine Firma wegrationalisiert oder wegfusioniert werden soll. Und gemeinsam müsste man auch gegen Postobere kämpfen, welche uns unsere Post wegnehmen wollen. Das ist die Lehre aus dem grossen Gezeter und Geschrei rund ums sogenannte Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos!

dass er die «hohe Qualität der flächendeckenden Grundversorgung» dieser Unternehmen gewährleisten will. Allerdings steht dem entgegen, dass die Post 1500 Poststellen im Lande aufheben will. Wenn er sich mit einer Minderheitsbeteiligung an der Swisscom zufrieden gibt, ist eine Übernahme durch einen internationalen Multikonzern kaum mehr zu verhindern. Die mit der Globalisierung einhergehende Privatisierung von Staatsbetrieben hat den Verlust von einigen tausend Stellen und den Börsengewinn für ein paar schlaue «Grosse» bewirkt. Der Service public allerdings bleibt bedroht.

Nachdem das Volk keine Staatssekretäre wollte, wird der Bundesrat eine Staatsleitungsreform präsentieren mit einem zweistufigen Regierungsmodell und einer Stärkung des Bundespräsidenten – also die Schaffung von Staatssekretären unter einer verschleiernenden Bezeichnung.

Unter den zweiten Titel fällt auch die Absicht des Bundesrates, die Strategie «für eine Informationsgesellschaft Schweiz» umzusetzen. Dass er in Zusammenarbeit mit den Kantonen einen «virtuellen Behörden-Schalter» aufbauen will, erscheint im Zeitalter des Internet vertretbar. Wenn er aber alle Vorarbeiten für «E-Voting» forciert, wird es ungemütlich. Abstimmen und wählen per Internet? Da eröffnen sich weitere Möglichkeiten zur Manipulation von Resultaten. Hacker lassen grüssen! Schon die schriftliche Stimmabgabe und auch das Einsammeln von Stimmmaterial in Alters-, Pflege- und Psychiatrie-Institutionen geben Anlass zu Zweifeln an der Korrektheit der Wahl- und Abstimmungsverfahren.

## 3. Die Schweiz als Heimat für alle hier Lebenden

In der neuen BV ist die Unterscheidung zwischen Bürgern und Ausländern durch die Einführung des Begriffs «Personen» weitgehend beseitigt. Die Rechtsstellung von Ausländern soll noch mehr verbessert werden, und in einem zweiten Anlauf wird die erleichterte Einbürgerung, eventuell mit Beschwerde-Möglichkeit vorgesehen. Unter dem obigen Titel wird auch die Absicht des Bundesrates veröffentlicht, im revidierten Betäubungsmittelgesetz die Heroinabgabe und die Straflosigkeit des Cannabis-Konsums, eventuell des Handels und der Produktion gesetzlich zu regeln.

## Allgemeine Schlussbemerkung

Seit unsere Bundesräte vermehrt mit ausländischen Ministern verkehren, möchten sie auch gerne Minister in einer Regierung sein – mit all den Privilegien und Mitteln. Glücklicherweise sind sie aber immer noch Mitglieder des Bundesrates und «Vorsteher» ihrer

Departemente. Leider ist mit der Wahl von Samuel Schmid jene kritische Mehrheit des Volkes, welche Unabhängigkeit und völkerrechtlich verpflichtende Neutralität noch immer hochhält, nicht vertreten. So ist es die Pflicht des Souveräns, seine Mitbestimmung durch Referendum und Volksinitiative auszuüben.

Eingangs erklärt der Bundesrat, er wolle mit seinen Zielen weitere Reformschritte für eine offene, kooperative, attraktive und lebenswerte Schweiz unternehmen. Die Frage sei erlaubt: **«Offen für grenzenlose Zuwanderung, kooperativ mit den Bombenwerfern der NATO, attraktiv für Wirtschaftsasylanten, Drogenhändler und Kriminaltouristen, lebenswert nur noch für Privilegierte in ruhigen Villenvierteln? Der Bundesrat sollte sich endlich wieder in erster Linie um das Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger kümmern, statt «Hätschelkind» der Internationalisten sein zu wollen!**

## Ausblick auf das Jahr 2001



Hans Steffen,  
a. Nationalrat,  
Fischenthal

In der Dezembersession 2000 blickte der scheidende Bundespräsident Adolf Ogi in die Zukunft. Er orientierte Räte und Öffentlichkeit über die 18 »Ziele des Bundesrats 2001«. Der Beschluss vom 22. November 2000 ist in drei Hauptabschnitte gegliedert, nämlich:

1. Die Schweiz als Partnerin in der Welt –
2. Die Schweiz als Werk-, Denk- und Schaffensplatz – und
3. Die Schweiz als Heimat für alle hier Lebenden –

Der Bundesrat schreibt, unser Land zeichne sich durch eine beachtliche Reformfähigkeit aus, und diesen Schwung wolle er nutzen und mit seinen Zielen 2001 weitere Reformschritte für eine offene, kooperative, attraktive und lebenswerte Schweiz unternehmen.

### 1. Die Schweiz als Partnerin in der Welt

Der Bundesrat erachtet den UNO-Beitritt als staatspolitisch wichtigen Schritt für unser Land. Er schreibt dazu den folgenden aufschlussreichen Satz: *«Im Hinblick auf eine sachliche und nuancierte Auseinandersetzung zu dieser Frage wird er (der Bundesrat) mit allen*

*politischen und gesellschaftlichen Kreisen einen verstärkten Dialog führen mit dem Ziel, parallel zum parlamentarischen Prozess die Bevölkerung für diese wichtige Abstimmung vorzubereiten.»*

Armes Volk! Die Bundesräte werden als Meinungs-Reisende in eigener Sache, mit ihren über 150 Kommunikations-Beamten, mit Public-relations-Firmen, mit den geschriebenen Medien, Radio und Fernsehen und mit eingeflogenen UNO-Vertretern einmal mehr das Volk für eine Vorlage «weich klopfen», ähnlich wie bei früheren Vorlagen. Ob wieder ein persönlicher Brief des Bundespräsidenten an alle Chefredaktoren im Medienwald vorgesehen ist, in welchem inständig um Unterstützung gebeten wird? Früher galt einmal in der Politik: «Von unten nach oben» und nicht wie heute «von oben nach unten». Indoktrination ist undemokratisch! – Der Bundesrat hat eine weitere Reform vorgesehen, nämlich die zweite Teilrevision des Militärgesetzes zur Einführung der Armee XXI. Die einst stolze Milizarmee der 650'000 Bürger-Soldaten soll auf etwas über 100'000 Mann zusammenschmelzen, mit einem erhöhten Anteil von Berufssoldaten und neu internationalen Söldnern.

### 2. Die Schweiz als Werk-, Denk- und Schaffensplatz

Der Bundesrat will 2001 eine Botschaft über die Flexibilisierung der Bundesmehrheit an der Swisscom und über eine Postbank verabschieden. Es ist bemerkenswert,

## Saufen, Fressen...

In der Rundschau des Fernsehens DRS vom 17.01.2001 war zu erfahren, dass im ehemaligen Balkan-Kriegsgebiet K-For-Soldaten aller Länder regelmässig in Bordellen verkehren, in denen minderjährige jugoslawische Mädchen zur Prostitution gezwungen werden. Schliesslich hätten «diese Männer auch ihre Bedürfnisse», war zu hören. Neuerdings wird unter den K-For-Soldaten auch eine CD vertrieben mit dem Titel «Saufen, Fressen und Ficken». Nicht genug, dass im Krieg brutalste Massengewaltigungen von Frauen und Männern vorkamen, auch heute, in sogenannter Friedenszeit, werden Mädchen gleich serienweise vergewaltigt – durch die «friedensbringenden» Besatzungstruppen. Und kaum jemand empört sich darüber. Wir anständigen Menschen können daraus nur lernen, dass künftig keine schweizerischen Truppen zu Auslandseinsätzen unter der Leitung der USA und der NATO geschickt werden dürfen!

## Marc Rich, Clinton und Barak

Als letzte Amtshandlung hat Bill Clinton noch seinen Freund Marc Rich begnadigt. Der Milliardär und mutmassliche Steuerehinterzieher kommt jetzt also straffrei davon. Abermillionen von Geldern sollen nach Israel geflossen sein. Unter anderen sollen Richs geschiedene Ehefrau, der israelische Ministerpräsident Barak sowie der Zürcher SP-Stadtpräsident Josef Estermann zu Gunsten von Rich bei Clinton interveniert haben.



# NEIN zur irreführenden Volksinitiative «Ja zu Europa»



Dr. rer. nat.  
Alexandra  
Nogawa,  
Biochemikerin,  
Basel

Im Jahre 2000 stimmten wir über die bilateralen Verträge ab. Da die Zustimmung des Volkes unsicher war, wurde von der Regierung hoch und heilig versichert, dass bei einem Ja zu diesen Verträgen die EU-Beitrittsfrage für die nächsten 7 Jahre vom Tisch wäre. Man wolle zuerst mit den bilateralen Verträgen Erfahrungen sammeln und dann nach 7 Jahren eventuell nochmals darüber abstimmen. Daher stimmten auch viele EU-Gegner zu. Doch die bilateralen Verträge sind bis jetzt noch nicht einmal von allen EU-Ländern ratifiziert worden und schon steht der Beitritt erneut zur Diskussion. Wenn sich auch eine Mehrzahl der Parlamentarier an das Versprechen erinnerte, so waren die anderen offenbar der Meinung, wer ihnen glaube, sei selbst schuld.

## Etikettenschwindel

Eigentlich hätte die Initiative wegen eines falschen und irreführenden Titels meiner Meinung nach gar nicht zugelassen werden dürfen. Europa ist ein geografischer Begriff, der nichts mit einem politischen Gebilde namens Europäische Union (EU) zu tun hat.

## Eine Initiative für eine Plauderstunde mit der EU?

Die Befürworter argumentieren, dass es nur darum gehe, Gespräche mit der EU zu führen. Solche Gespräche waren und sind auch heute tägliche Routine. Dafür braucht es keine Initiative mit einem Budget von weit über 1 Million Franken. Der Initiativtext und die Homepage der Befürworter lässt keinen Zweifel, dass es ihnen um den Beitritt geht. Mit Recht weist der Bundesrat darauf hin, dass wir noch keinerlei Erfahrungen sammeln konnten, da die bilateralen Verträge von den EU-Staaten noch gar nicht ratifiziert sind. Wenn die Auswirkungen des freien Lastwagenverkehrs und des nahezu freien Personenverkehrs genügend bekannt sind und von der ganzen Bevölkerung, der Wirtschaft und der Politik abgeschätzt werden können, dann kann es darum gehen, eventuelle Beitrittsverhandlungen mit der EU zu führen, aber sicher nicht früher. Aber gerade das

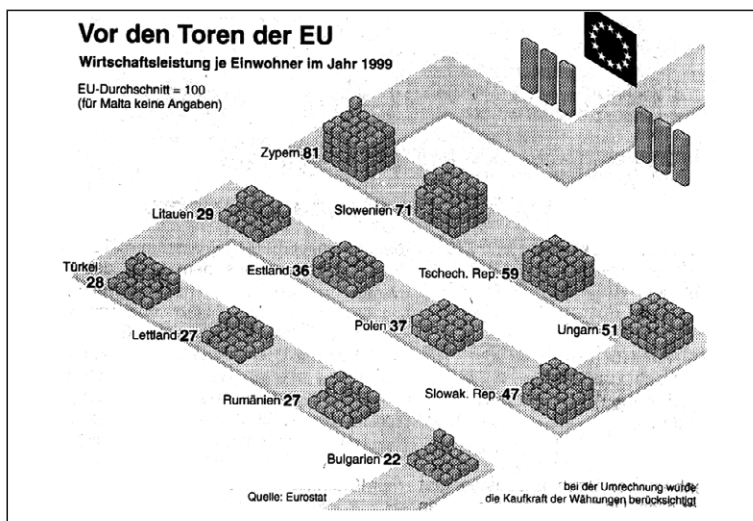
fürchten die Befürworter eines EU-Beitrittes. Sie wollen die Schweiz in der EU sehen, bevor sich die Bevölkerung der negativen Konsequenzen bewusst ist. Man kann sich auch fragen, ob die EU aus taktischen Gründen die Ratifizierung der bilateralen Verträge auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben und statt der bilateralen Verträgen auf einen schnellen EU-Beitritt zu drängen. Mit dem Beitrittsziel in der Verfassung wären wir zu einem EU-Beitritt gezwungen, zu welchen Bedingungen auch immer und daher bei den Verhandlungen erpressbar.

## Reden ja, Mitbestimmen nein

Ein weiteres Argument der Befürworter ist, dass wir beim Aufbau der EU dabei sein müssen. Dieses Argument ist lächerlich, besonders jetzt, wo nach Nizza die Entwicklung der EU nicht absehbar ist. Seit Nizza befindet sich die EU im Umbruch – zu Lasten der Kleinen und zu Gunsten der Grossen, d.h. ein Kleinstaat wie die Schweiz wird in einer künftigen EU noch weniger als jetzt schon zu sagen haben. In Nizza wurden die Vertreter der Kleinstaaten richtiggehend unter Druck gesetzt, damit sie auf ihre Rechte verzichteten. In der EU werden vor allem in Zukunft nur die 3 Staaten Deutschland, Frankreich und England bestimmen, in absehbarer Zukunft wahrscheinlich nur einer der drei. Deswegen bemühen sich alle drei, an Einfluss zu gewinnen. Wenn in 1–2 Jahren Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn dazu kommen, so wird Deutschland mächtiger, während Frankreich dann wahrscheinlich, um das Gleichgewicht zu halten und seine Einflussphäre zu festigen, die Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) in die EU bringen wird. Wichtige Beschlüsse müssen in Zukunft mit einer Bevölkerungsmehrheit von 62% gefasst werden, d.h. die Grossmächte Frankreich, Deutschland oder England regieren. Nicht einmal im eigenen Land könnten wir mehr bestimmen, denn Initiative und Referendum müssten praktisch bei einem EU-Beitritt abgeschafft werden.

## Unsere Zukunft in der EU: zahlen und schweigen

Die Schweiz wäre ein Nettozahler, d.h. wir müssten Milliarden nach Brüssel schicken. Dafür würden wir unsere Volksrechte verlieren. Die Steuerhoheit wäre nicht mehr gewährleistet; das Bankgeheimnis würde selbstverständlich abgeschafft. Unsere Währung wäre an



Viele Staaten drängen in die EU. Doch die Wirtschaftsleistung der Anwärter je Einwohner liegt in der Regel sehr weit unter dem EU-Durchschnitt, wie unser Schaubild dokumentiert. Die Türkei beispielsweise oder Rumänien oder Bulgarien weisen gerade rund ein Viertel auf. Nach Experten-Schätzungen müssten 200 bis 300 Milliarden Euro allein dafür aufgewandt werden, die Beitrittskandidaten «EU-reif» zu machen. Die Financiers des Ganzen wären wohl zu mehr als 50 Prozent Deutschland, Österreich und bei einem Vollbeitritt auch die Schweiz. Ein EU-Anschluss der Türkei würde überdies eine Vielzahl unlösbarer Probleme mitsamt einer Masseneinwanderung ungezählter Millionen in Mitteleuropa mit sich bringen. Es ist auch kein vernünftiger Sinn erkennbar, die Europäische Union in den Nahen Osten auszuweiten und somit an den dortigen schrecklichen Konflikten teilhaben zu lassen.

den schwachen Euro gekoppelt. Die Mehrwertsteuer müsste auf mindestens 15% angehoben werden. Die Zinsen und die Sozialabgaben würden steigen, d.h. die Mieten und Konsumgüter würden teurer. Nur tiefere Löhne könnten dann eine Preissenkung bewirken. Wirtschaftlich kann die Schweiz bei einem EU-Beitritt nur verlieren. Gewinner wären einzig einige Parlamentarier und Gewerkschaftsführer, die auf hoch bezahlte Posten hoffen können. Daher findet man bei ihnen auch die stärksten Befürworter.

## Beitritt im nächsten Jahr?

Da die Schweiz ein guter Zahler ist, und der Beitritt der osteuropäischen Staaten für die EU sehr teuer sein wird, wird die EU bei einer Annahme der Initiative alles daran setzen, die Schweiz so schnell wie möglich in die EU zu pressen. Würde die Initiative angenommen, so müsste in kürzester Zeit die Schweiz vollkommen umgebaut werden. Gegen 80 Revisionen der Bundesverfassung, von Gesetzen und Staatsverträgen wären nötig. Initiative und Referendum müssten auf Bundes- und Kantonsebene praktisch abgeschafft werden. Die Beteiligung an der EU-Interventionstruppe wäre Verpflichtung, der Eintritt in die NATO mit Abschaffung der Neutralität vor-

programmiert. Damit müsste sich die Schweiz mit der EU und der NATO auch an völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen beteiligen. Die EU-Interventionstruppe könnte auch in der Schweiz gegen Schweizer eingesetzt werden. Die Schweiz ist das Land, dessen politisches System bei einem Eintritt in die EU am radikalsten umgekrempelt würde. Zusammenfassend können wir sagen, dass die Initiative versucht, unter einem irreführenden Titel einen schnellen Beitritt zur EU zu erzwingen. Daher müssen wir dieser täuschenden Initiative eine klare Abfuhr erteilen und Nein stimmen.

Grosser Abzocker: Der New-Yorker Anwalt Ed Fagan verlangt für seinen Vergleich zwischen jüdischen Klägern und Grossbanken 2,2 Millionen Dollar. Pro Arbeitsstunde verrechnet der Staranwalt 295 Dollar. Uns Schweizerinnen und Schweizern hat er demgegenüber immer wieder gedroht, ins Gewissen geredet und an die armen Holocaust-Überlebenden erinnert, die dringend auf jeden Beitrag angewiesen seien. Könnte er seine überzogenen Forderungen nicht zu Gunsten dieser leidgeplagten Leute etwas reduzieren? Wo bleibt der Idealismus und die Solidarität des Herrn Fagan?



www.  
schweizer-demokraten  
.ch

**Der  
Aargau  
wählt**

**Liste 8**

**SD**   
Schweizer Demokraten

# Grossratswahlen 4. März 2001

## Die Schweizer Demokraten fordern:

- **Automatische Auszahlung der Krankenkassen-Verbilligung**
- **Gute Schulen für Schweizer Kinder**  
Die SD Aargau haben eine kantonale Initiative «Keine Benachteiligung von deutschsprachigen Kindern in der Schule» gestartet. Verlangen Sie Unterschriftenbögen an der unten angegebenen Adresse
- **Ausweisung aller kriminellen Ausländer**
- **Schluss mit dem Drogenhandel**
- **Ausländerintegration nicht zum Nachteil der Einheimischen**
- **Verzicht auf einen EU-Beitritt**  
Stimmen Sie am Wahlsonntag unbedingt Nein zur Initiative «Ja zu Europa» (siehe unten)

Die Schweizer Demokraten sind die einzige Partei, welche mit diesen Forderungen die Schweiz als Willensnation erhalten will.

**Wichtig:** Nur wenn Sie mit Liste 8 wählen, unterstützen Sie die Schweizer Demokraten!

Auf die Liste 8 können Sie auch die Namen Ihrer Favoriten aus anderen Parteien schreiben.

## Wir Schweizer Demokraten setzen uns auch für Sie ein!

Unsere Grossräte haben in der zu Ende gehenden Legislaturperiode unter anderem Vorstösse zu folgenden Themen eingereicht:

- Französischlehrbücher der Bezirks- und Sekundarschule
- Austritt des Kantons Aargau aus der EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz) und der NW EDK
- Massnahmen in Schulklassen mit besonderen Verhältnissen (hoher Anteil nicht deutsch sprechender Kinder) – eine Volksinitiative wurde gestartet
- Denkpause in der Rechtschreibreform
- Totalsanierung Sondermülldeponie Kölliken
- Todesursachen von Wildtieren/Wiederherstellung von Wildtierkorridoren
- Standesinitiative betr. Notrecht im Asylbereich
- Asylgesuche von Straftätern
- Streichung der Fürsorgegelder für renitente Asylbewerber
- Rückschaffung von arbeitsfähigen Kosovo-Albanern
- Ausschaffung von Kosovo-Albanern nach dem 1. Juni 2000
- Schwarzarbeiter und deren Kosten
- Grenzüberwachung durch WK-Soldaten und allg. für mehr Schutz und Sicherheit
- Arbeitsbewilligungen von Grenzgängerinnen und Grenzgängern
- Lohn statt Sozialhilfe für über 50-jährige
- Zahlungsverbot für die Aarg. Kantonalbank an die USA-Banken-Globallösung
- Flankierende Massnahmen in Baden im Zusammenhang mit der Oberiggenthaler Brücke

## Nein zur Initiative «Ja zu Europa»

Diese Initiative läuft unter einer falschen Etikette. Mit diesem Namen wollen uns die Initianten vorgaukeln, es gehe hier darum, ob die Schweizerinnen und Schweizer «Europäer» sind oder nicht. Das kann ja niemand abstreiten, denn wir befinden uns ja in der Mitte von Europa.

Es geht hier jedoch um nichts weniger als um den Eintritt der Schweiz in die EU.

Wäre diese Initiative von einer patriotischen Partei wie den SD eingereicht worden, wäre sie mit Sicherheit für ungültig erklärt worden, weil Titel und Inhalt nicht übereinstimmen.

## Kein Schweizer Blut auf fremden Kriegsschauplätzen

Demnächst wird das Schweizervolk über das Referendum gegen «Schweizer Soldaten im Ausland» abstimmen. Dieses Referendum ist von den Schweizer Demokraten sehr aktiv und effizient unterstützt worden.

**Deshalb braucht es heute mehr denn je Schweizer Demokraten in den Parlamenten.**

**Wählen Sie deshalb am 4. März 2001 mit der Liste 8**

Schweizer Demokraten, Postfach 17, 5332 Rekingen AG, Fax 056 - 250 65 14

E-Mail: aargau@schweizer-demokraten.ch, Homepage: www.schweizer-demokraten.ch, Postkonto 50-8885-0

## Für die Grossratswahlen vom 4. März 2001 stellen sich folgende Kandidatinnen und Kandidaten auf der SD-Liste 8 zur Wahl:

### Bezirk Aarau (23 Mandate, bisher 1 SD)

**Adolf Lüscher (bisher)**

1930, Oberentfelden  
Pens. Gastwirt



**Paul Eschmann**

1928, Oberentfelden  
Pens. techn. Angestellter

**Jean-Pierre Conod**

1958, Aarau  
Einwohnerrat  
Kaufm. Angestellter/  
Logistiker



### Bezirk Kulm (13 Mandate, bisher 2 SD)

**Kurt Aeschbach**

1942, Dürrenäsch  
Vorsorge- und Finanzplaner  
Verwitwet, 5 Kinder  
Hobbys: Radsport (10 Jahre Radsportschulleiter, 8 Jahre Kant. Radsportpräsident), Tiere (Sittiche und Papageien)



**Peter Kanitz**

1948, Reinach  
Chauffeur  
Hobbys: Fussball, Motorsport

**Rudolf Graf**

1930, Reinach  
Pens. Briefbote  
Hobbys: Hundesport, Gartenarbeiten



### Bezirk Baden (43 Mandate, bisher 2 SD)

**Dragan Najman (bisher)**

1936, Baden  
Einwohnerrat  
Dr. Ing.-chem. ETHZ/ Bezirkslehrer  
Pressechef SD Schweiz  
Mitglied Philatelisten-Verein Baden-Wettingen (25 Jahre Vorstand)  
Mitglied FC Baden (25 Jahre Vorstand und Supporterausschuss)  
Anliegen: Schul-, Sozial- und Bevölkerungsfragen



**Anita Wilhelm (bisher)**

1930, Neuenhof  
lic. phil. II Biologin, Oekologin  
Mitglied Pro Natura.

Anliegen: Umwelt, Wildtierbrücken, Gewässer-Lebensräume, Atlasproblematik, ausgeglichener Staatshaushalt, Sicherheitspolitik

**Bernard Favre**

1948, Obersiggenthal-Nussbäumen  
Elektromonteur (selbstständig tätig als Zeichner/Planer im Bereich Industrie- und Mittelspannungsanlagen)  
Mitglied Mieterverband  
Aktiver Läufer (Halbmarathon)



**Angelika Scheuble**

1957, Obersiggenthal-Rieden  
Kaufm. Angestellte  
Mitglied Schützengesellschaft Obersiggenthal

**Fritz Ribl**  
1934, Baden  
Zimmermann

### Bezirk Zofingen (21 Mandate, bisher 1 SD)

**Ernst Flückiger (bisher)**

1947, Oftringen  
Landwirt  
Besondere Anliegen: Landwirtschaft, Finanzen  
Hobbys: Jodlerclub, Volksmusik



**Christian Rothenbühler**

1946, Bottenwil  
Wasseraufbereitungsfachmann  
Besonderes Anliegen: glaubwürdige Politik

**Marco Bolliger**

1978, Uerkheim  
Sanitärarmateur  
Exkursionsleiter VANV (Verband aargauischer Natur- und Vogelschutzvereine)  
Anliegen: sachlicher Naturschutz, Verkehrskonzept Region Zofingen  
Hobby: FC Aarau



### Bezirk Lenzburg (17 Mandate, bisher 0 SD)



**Ursula Berner**

1939, Ruppertswil  
Grafikerin/  
Kaufm. Angestellte

**Nicole Bergmann**

1971, Hallwil  
Verkäuferin



Unsere Grossräte setzen sich für die Schweizerinnen und Schweizer ein.

Wählen Sie deshalb mit

Liste **8**

### Bezirk Zurzach (11 Mandate, bisher 0 SD)

**Lidwina Wiederkehr-Müller**

1960, Rekingen  
Vizeammann  
Hausfrau/  
Kaufm. Angestellte  
SD-Kantonalpräsidentin  
Mitglied Geschäftsleitung SD Schweiz



**Richard Reischl**

1935, Kleindöttingen  
Fachmann für Strahlenschutz-Messtechnik

**Miarta Bremer-Clavuot**

1941, Lengnau  
Betriebsbeamtin SBB



Ich wünsche SD-Infos:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_





## Umweltverseuchende NATO-Munition!

jd. Schon nach dem Golfkrieg konnte man erfahren, dass die US-Streitkräfte dort so genannte urangehärtete Munition verwendet hatten. Da Uran ein wesentlich höheres spezifisches Gewicht als zum Beispiel Stahl aufweist, also härter ist, kann eine solche Munition, die mit einem Uranmantel versehen ist, umso leichter Panzerplatten durchbrechen, die zumeist aus Stahl bestehen. Nun hat die NATO bei ihren Luftangriffen auf Bosnien und Serbien einschliesslich Kosovo die gleiche Munition verwendet. Zwar ist klar, dass Kriegsmunition nicht gerade die Gesundheit fördert, will man mit ihr doch einen «Feind vernichten» oder zumindest «kampfuntauglich machen». Die besondere Fragwürdigkeit eines solchen Munitionseinsatzes liegt aber darin, dass durch sie auch eine äusserst langwierige radioaktive und chemische Verseuchung des Geländes im Kriegsgebiet verursacht wird; und dies ist eine

sie so genannte Mutationen, biologische Erbänderungen auslösen, die zu fast 100% Erbkrankheiten oder -gebrechen bedeuten, falls sie überhaupt mit dem Leben vereinbar sind. Nun ist es zwar richtig, dass auch das Natururan strahlt und die natürlich vorhandene radioaktive Strahlung die gleiche biologische Wirkung hat wie die technisch erzeugte. Das zur Munitionsherstellung verwendete so genannte «abgereicherte Uran», ein Abfallprodukt aus der Herstellung von Brennstäben für Atomkraftwerke, strahlt sogar weniger als Natururan. Dieses besteht aus den Isotopen 238, 235 und 234. Beim für die Munitionsfabrikation verwendeten Uran hat man das stärker radioaktive Isotop 235 daraus extrahiert. Aber es strahlt eben immer noch! Ausserdem liegt Natururan ohne menschliches Zutun nicht einfach wie die Munitionsreste auf der Erdoberfläche herum! Es muss zuerst in mühsamem Berg-

gelangt das Uran in die Lunge und wird auch in andern Organen, etwa den Knochen, abgelagert, wo es eine Langzeitwirkung entfalten kann.

Aber das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Genauere Untersuchungen des in der Munition verwendeten Uran haben gezeigt, dass dort auch das Isotop 236 zu finden ist. Dieses kommt im Natururan nicht vor! Der Befund legt nahe, dass bei der Fabrikation der Uranmunition nicht nur «abgereichertes Uran» verwendet wurde, sondern auch Uran aus in den Atomkraftwerken bereits abgebrannten Brennstäben! Und dies lässt befürchten, dass in der Uranmunition auch Spuren von Plutonium vorhanden sein könnten. Das US-Verteidigungsministerium hat übrigens zugegeben, dass ein Teil die Munition mit Plutonium kontaminiert war. Plutonium strahlt ebenfalls und

nicht wenig, aber das ist nicht dessen gesundheitliches Hauptrisiko. Es ist chemisch ganz extrem giftig, weit giftiger noch als Uran!

Zwar ist es richtig, dass der wissenschaftlich-statistische Beweis wegen der verhältnismässig kleinen Zahl der Fälle nicht zu erbringen ist, dass ein ursächlicher Zusammenhang besteht zwischen den Fällen von Leukämien, sonstigen Krebserkrankungen und Beschwerden bei Soldaten, die im Balkankrieg im Einsatz standen (so genanntes «Balkansyndrom»), und dem Einsatz von Uranmunition. Ein fehlender statistischer Beweis wegen der Kleinheit der Zahl der Fälle bedeutet aber nicht, dass kein Zusammenhang besteht. Ein ganz klarer Skandal ist jedoch die radioaktive und chemische Verseuchung des Geländes auf Jahrmilliarden hinaus!

## Die ökologische Sicht auf das WEF

Die Gewalttätigkeiten rund um das «World Economic Forum» Davos sind selbstverständlich abzulehnen und sehr tadelnswert. Nackte Gewalt bringt die Welt bestimmt nicht weiter, wobei man nach dem jahrelangen Geschwätz von einer drohenden «Gefahr der Gewalt von rechts» wieder einmal die Frage stellen darf, woher eigentlich eine solche Gefahr wirklich droht: von der Linken oder einer so genannten «Rechten»? Unbekümmert um diese Frage ist jedoch den demonstrierenden Opponenten – so weit sie nicht einfach von Anfang an auf Gewaltanwendung ausgingen! – zugute zu halten, dass sie einen wichtigen Kritikpunkt ansprechen, dem das Forum ganz offensichtlich zu wenig Raum für eine Diskussion lässt: was für ökologische Nachteile bringt denn diese forcierte Steigerung des internationalen Handels mit Hilfe von Organisationen wie WTO, Weltwährungsfonds und Weltbank genannt «Globalisierung».

Schon das Motto der Veranstaltung «Nachhaltige Stärkung des Wachstums» ist für den ökologisch Gebildeten eine einzige Provokation. Denn Wachstum an sich, handle es sich nun um Bevölkerungswachstum oder um das vielbeschworene so genannte «Wirtschaftswachstum», verhält sich mit ökologisch verträglichen Zuständen wie Feuer und Wasser! Wachstum kann nie «nachhaltig» sein, bedeutet Nachhaltigkeit doch einen Zustand, der auf ewige Zeit aufrecht erhalten werden kann. Jedes Wachstum muss aber irgendwann irgendwo einmal an eine Grenze stossen, d. h. gestoppt werden, sei es von innen und sich heraus oder aber durch einen Aufruf auf äussere Hindernisse. Deshalb können nur Stabilität, Ausgeglichenheit und Dinge, die im Gleichgewicht sich befinden,

wirklich «nachhaltig» sein! Schade, dass die Veranstaltung von Davos durch rechthaberische, sich aufschaukelnde Konfrontationen zu einem Dialog der Tauben entartet ist!

Es kann im Übrigen nur ein wirksames Kampfmittel gegen die so schädliche «Globalisierung» geben, die ja kein rein passiver Vorgang, sondern über weite Teile ein Globalismus ist, nämlich die bewusst und gezielt durch die herrschenden und einflussreichen Kreise herbeigeführte Schwächung der nationaler Kompetenzen, um umso freier schalten und walten zu können. Auch die Demonstranten geben auf dieses Problem keine Antwort, denn sie sind genau so international und internationalistisch gesinnt wie die Veranstalter des Forums und haben kein politisches Gegenprogramm! Die Antwort wäre einfach Rückkehr zum Prinzip der nationalen Souveränität und deren Stärkung sowie klare Begrenzung der Macht der erwähnten internationalen Organisationen. Stattdessen verkündet das Forum das pure Gegenteil, nämlich eine neue «Liberalisierungsrunde» spricht weitere Einschränkung der Souveränitätsrechte der Nationen. Dieser Globalismus macht aber die nationalen Regierungen durch multinationale Konzerne erpressbar: entweder ihr verzichtet auf eine griffige Umweltschutzgesetzgebung beziehungsweise schafft sie ab, oder wir verlegen unsere Produktionsstätten in ein Land, wo es keine oder nur schwache und unwirksame Umweltschutzaufgaben gibt. Die Kompetenz zum Erlass von Umweltschutzgesetzen liegen ja ausschliesslich beim Nationalstaat! Analoges ist übrigens bezüglich des Sozialstaates anzumerken.

Dr. med. Jean-Jacques Hegg,  
a. Nationalrat, Dübendorf

### Giftige Geschosse

Nato-Flugzeuge haben im Kosovo-Krieg 31 000 uranhaltige Geschosse abgefeuert

**Uran 238**

- extrem hohe Dichte schwerer als Blei
- schwach radioaktiv, aber sehr giftig
- durchschlägt Stahlplatten
- Munitionsplitter entzünden sich beim Aufprall, Ziel fängt Feuer
- Bei Aufprall wird Uranoberstaub frei
- gefährdet Soldaten, Zivilisten in der Nähe
- Personen bei Aufräumarbeiten Vergiftung der Boden möglich

**Leukämie-Gefahr**

durchaus neuartige Dimension von Schaden, der durch Kriege entsteht! Dieser Einsatz von Uranmunition ist kaum mit den Genfer Konventionen des Internationalen Roten Kreuzes vereinbar. Empörend sind zudem Versuche eines Teils unserer Medien, im Sinne eines Ablenkungsmanövers aus dem «Fall NATO» einen «Fall Oerlikon-Contraves» oder «Eidgenossenschaft bzw. VBS» zu konstruieren (die schon mit Uranmunition experimentiert haben)!

Uran ist radioaktiv, d.h. es sendet Strahlen aus, die die Gesundheit schädigen können, u.a. auch indem

bau aus tieferen Schichten der Erdkruste herausgeholt werden! Das «abgereicherte Uran» ist zudem sehr langlebig. Das Isotop 238, aus weichem es hauptsächlich besteht, hat eine Halbwertszeit des Zerfalls, also die Zeit bis zur Abschwächung der Strahlung auf die Hälfte, von 4,5 Milliarden Jahren! Schliesslich ist Uran als Schwermetall – ganz unabhängig von der Isotopenzahl – auch ganz banal chemisch giftig. Ein besonderes Problem bildet der Tatbestand, dass beim Auftreffen der Munition auf Panzerplatten Urandioxid-Staub entsteht, der eingeatmet werden kann. Dadurch

## Der Star-Architekt und die Ökologie

**jhd. Jacques Herzog ist ein Basler Architekt, der Star-Status genießt und auch als Professor an der ETH Zürich unterrichtet. Kürzlich wurde er mit dem Max-Petipierre-Preis ausgezeichnet. Was er allerdings in einem Interview in der Sonntags-Zeitung (vom 14. Januar 2001) zum Besten gegeben hat, lässt an seinem Star-Status zweifeln.**

Unter dem Titel «Neue Städte braucht das Land» (?) hat er seine Vorstellung von der zukünftigen Landschaftsgestaltung in der Schweiz dargelegt. Er sieht ein «urbanes Netzwerk», das «hoffentlich dichter» werde (!), also noch mehr städtische Agglomerationen enthält. Er stellt sich auch vor, dass die Errichtung von Stadtparks, die mit bestimmten Tieren und Pflanzen besiedelt werden, Kläranlagen ersetzen könnten, indem sie die «Klärung ökologisch statt chemisch-mechanisch» leisten könnten. Dies ist zwar die unrealistische Fantasie eines ökologisch zu wenig Gebildeten, aber wenigstens nicht Ausdruck von schlichtem Unwissen. Zu dieser Annahme wird nämlich der Leser verleitet, der das Folgende liest: «Die Welt füllt sich immer mehr. Sogar in der Schweiz, wo die Bevölkerung kaum wächst, gibt es immer mehr Infrastruktur und immer mehr Gebäude». Hat Professor Herzog denn wirklich noch

nie etwas davon gehört, dass die Bevölkerung der Schweiz seit Urzeiten ständig wächst, wobei sich dieses Wachstum seit ungefähr einem halben Jahrhundert vor allem aus einem Einwanderungsüberschuss von grob bezeichnet 40'000 bis 100'000 Personen pro Jahr nährt (je nach Konjunkturlage im Innern und weltpolitischer Lage im Ausland)? Dieses Bevölkerungswachstum erreichte zeitweise die Grösse von jährlich einem Prozent, eine Ziffer, die durchaus mit den Verhältnissen in so genannten Entwicklungsländern vergleichbar ist! Oder ist dieses Unwissen bei einem hoch angesehenen Hochschullehrer tatsächlich nicht wegzuwischen und die Auswirkung der Tabuisierung von Problemen im Zeichen einer «Rassismus»-Massenhysterie, die selbst Hochschullehrer blind macht für gewisse Entwicklungen, welchen die Schweiz unterliegt? Besonders schlimm ist die Vorstellung, dass solche Leute mit hohem Autoritätsanspruch und auch Ansehen beauftragt sind, unsere Jugend und zukünftige Elite zu unterrichten. In wessen Händen liegt die Zukunft der Schweiz! Das Argument des Elfenbeinturms, in welchem sich Professoren zu bewegen pflegen, dürfte man im Falle eines Jacques Herzogs kaum anführen.

## Die Welt an der Jahrtausendwende

Nach übereinstimmenden Berichten sowohl des Worldwatch Institute in Washington als auch des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), einer Kommission, die von der UNO eingesetzt wurde, hat sich der ökologische Zustand der Welt in den Neunzigerjahren weiter massiv verschlechtert. Immer mehr Amphibienarten sterben aus: Frösche und Salamander sind ein wichtiger Indikator für die Entwicklung der Qualität in der Biosphäre. Berechnungen zum zu erwartenden Klimawandel in diesem Jahrhundert kommen zur Schätzung, dass sich die Erdatmosphäre bis um 5,8 Grad Celsius erwärmen könnte. Das ist mehr, als was man bisher angenommen hatte. Stürme, Überschwemmungen, Lawenniedergänge und Murbrüche, aber auch Dürreperioden, die bereits Ende des 20. Jahrhundert zugenommen haben, werden noch häufiger werden. So genannte Naturkatastrophen verursachten im vergangenen Jahrzehnt Schäden von insgesamt 608 Milliarden US-Dollar. Das ist viermal mehr als in den 40 Jahren zuvor! Die beiden Polkappen, aber auch die Gletscher schmelzen ab. Die Eiskappe über

der Arktis ist seit 1950 um 42 Prozent dünner geworden. Nach der Zeitschrift Science verdünnt sich der Sockel des Pine Island Gletscher in der Antarktis jährlich um 1,6 m. Von 1992 bis 1994 ist seine Länge um 5 km geschrumpft. Auch in der Schweiz ziehen sich die meisten Gletscher zurück. Der Aletschgletscher hat sich seit 1860 um 3 km zurückgezogen! Der Meeresspiegel wird in den kommenden hundert Jahren um mindestens 9 cm, möglicherweise aber auch um 88 cm ansteigen. Durch die Zunahme der Temperatur der Ozeane sterben die Korallenriffe ab. 27 Prozent dieser Riffe sind bereits gestorben, was grosse Schwierigkeiten für die Hochseefischerei erwarten lässt, denn sie bilden die Lebensgrundlage vieler kommerziell genutzter Fischbestände.

Nach den Berichten gibt es keine Zweifel, dass die Veränderungen ursächlich auf die zunehmenden zivilisatorischen Eingriffe des Menschen in die Natur und das so genannte «Wirtschaftswachstum» zurückzuführen sind. Beweise liefern die Analysen von Baumringen, Eisbohrkernen, Korallen und geschichtliche Aufzeichnungen.

Heftige Vorwürfe richten sich dabei an die Politiker und hier insbesondere an die US-Regierung, der einzigen Regierung der Welt, die angesichts der so genannten «Globalisierung», die eigentlich ein weltweiter Imperialismus der einzig noch verbliebenen Weltmacht bedeutet, noch souverän entscheiden kann. Nebst andern

ökologisch tadelnswerten Aktionen wie das Verschiessen uranhaltiger Munition im Irak und auf dem Balkan hat sie sich z.B. an der Weltklimakonferenz in Den Haag (Holland) erfolgreich dagegen gestraut, dass in das umweltzerstörerische Welthandelssystem der WTO ökologische und soziale Leitplanken eingebaut werden.

## Steinadler Tier des Jahres 2001



© Pro Natura, Prisma

Vor 50 Jahren beinahe ausgerottet, geht es dem «König der Lüfte» heute ausgezeichnet. Nachhaltiger Erfolg im Naturschutz ist möglich – mit dieser Botschaft soll der Steinadler 2001 durch die Schweizer segeln. Biber, Laubfrosch, Luchs: Das waren für Pro Natura die Symboltiere der vergangenen drei Jahre. Das Trio hat eine Gemeinsamkeit: Alle drei Arten sind bedroht. Ganz anders der Steinadler, Tier des Jahres 2001. Ihm geht es blendend. Rund 300 Brutpaare leben in den Schweizer Alpen und Voralpen, mehr sind von Natur aus nicht möglich.

### Erfolg ist möglich

Vor lauter Hiobsbotschaften wird oft vergessen, dass es im Naturschutz auch tolle Erfolge gibt. Der Steinadler soll mitelfen, diesen positiven Schwung für unsere Natur zu verstärken. Pro Natura will im Jahr 2001 Exkursionen, Publikationen und Internet-Informationen zum Steinadler anbieten. Hilfe braucht der «König der Lüfte» heute nicht mehr. Es reicht, ihn weiterhin vor direkter Verfolgung zu schützen. Vor 50 Jahren musste der Steinadler mit ähnlichen Vorurteilen leben, wie sie heute noch manchenorts dem Luchs entgegen schlagen. Lämmerräuber, Kindstötter, Verderber des Jagdwildes – mit diesen «Begründungen» wurden die Steinadler erschossen, vergiftet und ihre Horste ausgenommen. Der Schweizerischer Bund für Naturschutz bezahlte jahrzehntelang Entschädigungen für Adlerschäden an private Schafhalter, um die Konflikte zu entschärfen. 1953 schliesslich erhörte der Bundesrat die dringenden Forderungen der Adlerfreunde. Er stellte den stark dezimierten Raubvogel kurz vor

der Ausrottung unter Schutz. Heute ist es nur eine Frage der Geduld, in den Alpen einen dieser faszinierenden Vögel beobachten zu können: Jedes geeignete Revier ist von einem Adlerpaar besetzt.

### Monogamer Jäger aus der Luft

Der Steinadler ist ein Überraschungsjäger. Er lebt in unseren Alpen hauptsächlich von Murmeltieren, erbeutet aber auch Gäms- und Rehkitze, Hasen oder junge Füchse. Im Napfgebiet, wo die Murmeltiere fehlen, müssen sich auch Hauskatzen vor dem Steinadler in acht nehmen. Oft ernährt sich der Steinadler von Aas, etwa von Wild, das in Lawinen umkam. In «Ehefragen» verträgt der Steinadler keinen Spass: Die revierbesitzenden Paare bleiben lebenslanglich zusammen. Artgenossen werden rabiat aus dem Revier vertrieben. Diese Revierverteidigung kann so kräfteraubend sein, dass die eigene Brut darob verloren geht. Diese Selbstregulation sorgt jederzeit für einen Adlerbestand, der dem Lebensraum und dem Nahrungsangebot angepasst ist.

### Im Flug zum neuen Nationalpark

Pro Natura arbeitet heute mit Hochdruck an der Kampagne «Neuer Nationalpark». Der Steinadler beansprucht als Revier im Durchschnitt gerade die Fläche, die für den neuen Nationalpark gefordert ist, nämlich 100 km<sup>2</sup>. *Otto Sieber* Pro Natura Zentralsekretär: «Der Steinadler vermittelt ein Gefühl von ungezählter Natur, Grosszügigkeit und Ungebundenheit. Deshalb passt er in das Jahr 2001, in dem wir wichtige Weichen für ein neues, ungewohnt grosszügiges Naturschutzprojekt stellen wollen – eben für den neuen Nationalpark. Dieses Projekt braucht einen langen Atem, wird aber am Schluss erfolgreich sein, genau wie der Schutz des Steinadlers in der Schweiz.» Auch das Tier des Jahres 2000, der Luchs, wird Pro Natura weiterhin beschäftigen. Neben der Präsentation von fünf authentischen Luchslebensläufen auf dem Internet wird sich Pro Natura im Jahr 2001 schwer gewichtig mit der Wilderei auseinandersetzen und dazu ein Dossier vorlegen. Illegale Tötungen sind heute die Hauptbedrohung des Luchses in der Schweiz.



## B U C H E C K E

Norman G. Finkelstein

**Die Holocaust-Industrie**

Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird

Dieses Buch hat, als es in den USA erschien, buchstäblich wie eine Bombe eingeschlagen. Der Autor, selber profilierter Angehöriger der jüdischen Gemeinde, griff ein Thema auf, das die Medien zuvor monatelang tabuisiert hatten: Die «Holocaust-Industrie». Finkelsteins Buch ist eine brillant formu-

lierte Anklage. Sie knüpft an ein Wort des zur Zeit Golda Meirs sehr bekannten israelischen Aussenministers Abba Eban: «There is no business like Shoah-business». Finkelstein zieht diese Linie weiter und kommt zum Fazit: Ein grossangelegtes, wohl durchdachtes und wohl organisiertes Unternehmen – die Holocaust-Industrie – instrumentalisiert den Holocaust und beutet das Leid der wirklichen Opfer von Verfolgung und Vernichtungspolitik durch die Nazis im Zweiten Weltkrieg zielbewusst aus. Immer neue Entschädigungsforderungen werden erfunden und präsentiert. Die Opfer haben von den eingehenden Entschädigungszahlungen kaum Nutzen. Das Gedenken an den Holocaust wurde, stellt Finkelstein fest, längst zum schönsten Druckmittel erniedrigt – nicht zuletzt dem Ziel verpflichtet, Israels heutige Politik gegenüber jedweder Kritik zu immunisieren. Aber auch den USA komme der moralische Feldzug gelegen, weil er eigene Defizite in der US-Menschenrechtspolitik verschleierte. Norman Finkelsteins Schlusswort: Würde und Rechte der Opfer bleiben angesichts der Machenschaften der Holocaust-Industrie auf der Strecke. Ein äusserst wichtiges, wenn auch sehr spät erschienenenes Buch. Es dürfte Opfer ähnlicher politischer Erpressung möglicherweise dazu ermutigen, angesichts offensichtlicher, erpresserischer Einschüchterungsmanöver nicht allzusehr klein beizugeben. Verlag Piper, ca. 220 Seiten, geb., Fr. 35.–

Ich bestelle ..... Exemplare

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_







Bestellung an: SD, Postfach 8116, 3001 Bern

Anzeige

**Steuererklärungen  
(ganze Deutschweiz)**Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–  
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

**Betriebsberatung + Treuhand**Friedrich Auf der Maur  
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau  
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52**Veranstaltungskalender**

| Kanton  | Sektion  | Veranstaltung  |
|---|--|--|
| Aargau<br>       | Bezirk Aarau   | Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr  |
|   | Bezirke Baden / Brugg / Zurzach  | Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen   |
|   | Bezirkspartei Bremgarten   | Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen   |
|   | Sektion Kulm   | Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach   |
|   | Bezirkspartei Lenzburg   | Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim   |
| Bern<br>       | Stadt Bern   | Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern   |
|   | Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West   | Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg   |
|   | Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental   | Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal   |
|   | Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen  | SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg   |
|   | Sektion Thun/Konolfingen   | Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun  |
| JSD Kanton Bern   | HV JSD, 13. März, 20.00 Uhr im Restaurant Schwanen, Lyss   |  |
| Luzern<br>     | Innerschweiz   | Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern  |
| St. Gallen<br> | Sektion St. Gallen und Umgebung  | Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat in einem Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen.<br>HV SD St. Gallen mit Nationalrat Flavio Maspoli am 3. März im Rest. Dufour, St. Gallen, ab 17.30 Uhr |
|   | Sektion Wil und Umgebung   | Info-Abend am 2. März 2001, 19.45 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil  |
| Thurgau<br>    | Thurgau  | HV am 20. März, 20.00 Uhr im Hotel zum Trauben, Weinfelden (Gerichtsherrenstube)   |
| Zürich<br>     | Sektion Bülach   | Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten   |
|   | Sektion Dielsdorf  | Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf  |
|   | Sektion Hinwil   | Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzg, Walderstr. 19, Hinwil   |
|   | Sektion Limmattal  | Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren  |
|   | Sektion Uster  | Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf   |
| Sektion Winterthur  | Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss; Busendstation. Parkplätze genügend hinter dem Restaurant vorhanden. Für Rückfragen: Rolf Boder, Tel. 052 - 202 09 82, Natel 079 - 468 86 27 |  |



**Kanton Bern**

Stadt Bern – Dringliche Interpellation Lydia Riesen (SD)

**Berner Logo: Berner Bär soll bleiben!**

Gemäss Ankündigung in den Medien soll der Bär aus dem neuen Berner Logo verschwinden. Der Entscheid des Gemeinderates ist jedoch noch nicht gefallen. Ich bitte den Gemeinderat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

**1. Aus welchen Überlegungen will der Gemeinderat das liebgegewonne Wappentier aus dem offiziellen Logo der Stadt Bern vertreiben?**

**2. Ist sich die Stadtregierung bewusst, mit der Verbannung dieses Symbols für Bern eine über 800-jährige Berner Tradition zu tilgen?**

**3. Wie hoch schätzt der Gemeinderat die Kosten für die Einführung des neuen Logos?**

**Begründung der Dringlichkeit**

Kaum berichteten die Medien letzte Woche über den Entwurf eines neuen Logos für Bern, begann eine hitzige Debatte um den zukünftigen «offiziellen» visuellen Auftritt der Hauptstadt. Grund: Der Bär als traditionelles Sinnbild der Bärenstadt soll aus dem Signet für offizielle Schriften der Verwaltung tatsächlich verschwinden. Das ist

**Kommentar:****Seelenloses Machwerk**

Offensichtlich muss jetzt zur Durchsetzung der multikulturellen Haltung gewisser Gemeinderäte sogar der Kopf des liebgegewonnen Berner Bären erhalten. Anders ist die Verbannung des Wappentiers aus dem Berner Logo nicht zu erklären. Die 68er, am Ende des Marsches durch die Institutionen angelangt, versuchen jetzt



für viele heimatverbundene Bernerinnen und Berner schlicht unbegreiflich. Die Öffentlichkeit hat somit ein Anrecht auf umfassende Information des Gemeinderates, der übrigens durchaus auch einmal einen Entscheid rückgängig machen kann.

**Komitee «Pro Berner Bär» mit SD-Beteiligung**

Die Antwort des Gemeinderates ist bei Redaktionsschluss noch ausstehend. Jedoch hat sich inzwischen ein überparteiliches Komitee gebildet, welches mittels Volksinitiative den Berner Bär im Logo erhalten will. Namens der SD nehmen Nationalrat Bernhard Hess, Grossrat Hans-Peter Riesen, Stadträtin Lydia Riesen sowie die Stadträte Peter Bühler und Dieter Beyeler im Komitee Einsitz.

mit aller Macht, sämtliche Traditionen und Identitätsmerkmale ihrem multikulturellen Gedankengut zu opfern. Nur so ist es möglich, dass man Zehntausende von Steuerfranken für ein Signet, welches einzig an ein seelenloses Hinweisschild in einer DDR-Plattenbau-siedlung erinnert, verschleudert.

SD-Redaktion

**Tschäppäts Ausfall**

Es verstand sich von selbst, dass der Sozialdemokrat Tschäppät in einem Rundumschlag sämtliche Rechtsparteien der direkten/indirekten Einflussnahme auf rechtsextrem orientierte Jugendliche bezieht. Darüberhinaus verfocht er die Meinung, die Gefahr des Rechtsextremismus sei lange nicht zur Kenntnis genommen worden, analog der Ignoranz gegenüber dem Linksextremismus in den 1970er Jahren (Beispiel RAF). Zwar betonte der ehemalige Gerichtspräsident, dass man «den Teufel nicht an die Wand malen sollte», jedoch die Gefahr des schleichenen Rechtsextremismus ernst nehmen müsse, womit er sich eben auf die vermeintliche Verantwortung politischer Parteien, aber auch der Gesellschaft bezog. BZ-Chefredaktor Z'Graggen hakte an diesem Punkt ein und fragte Tschäppät nach der Verantwortung des Staats und stach mit dieser Frage geradezu in ein Wespennest. Tschäppät reagierte sichtlich ungehalten und referierte mit inzwischen rot angelaufenem Kopf, dass der Staat nicht immer für alle gesellschaftlichen Auswüchse verantwortlich gemacht werden könne und dass vor allem die Gesellschaft selber mehr in die Verantwortung einzubinden sei und Zivilcourage walten lassen müsse. Seltsamerweise erwähnte der Herr Ex-Strafrechtler in diesem Zusammenhang mit keiner Silbe die von Ausländern in der Schweiz begangenen Gewalttaten und wie die Gesellschaft vor solchen Subjekten geschützt werden kann. Es war Z'Graggen, der hier wiederum einhakte und Tschäppät in bezug auf die Ausländerkriminalität mit ziemlicher Vehemenz zu einer klaren Aussage treiben wollte. Tschäppät erwiderte erneut ausgesprochen emotional und säuerlich, dass Ausländer generell immer – und vor allem von den Rechtsparteien – in den gleichen Topf geworfen würden. Die eigentliche Frage von Z'Graggen bezüglich der Vor-

gehensweise gegen kriminelle Ausländer hatte Tschäppät damit jedoch in keiner Weise beantwortet, was eindeutig auf eine Befangenheit des Juristen zurückzuführen war, hatte er doch kurz vorher erwähnt, dass er während seiner langjährigen Praxis als Gerichtspräsident sehr häufig mit straffälligen Ausländern zu tun gehabt habe. Bernhard Hess erwiderte darauf, dass diese Aussage wohl der Beweis für Handlungsbedarf sei.

**Gefühlssterile Arroganz**

Es entspricht der rhetorischen Taktik des Alexander Tschäppät, in brenzligen Situationen Witze zu machen, in der Hoffnung, sich dadurch aus der Schlinge ziehen zu können, was ihm in der Tat in Anbetracht der linksintellektuellen und gefühlssterilen Arroganz seiner Anhänger ab und zu gelingt. Er machte an jenem Abend sogar mehrmals Gebrauch davon, was als Kapitulation vor der Brisanz eines Themas gewertet werden durfte, das die politische Linke stets scheut wie der Teufel das Weihwasser. Abschliessend bleibt festzuhalten, dass Andreas Z'Graggen wirklich eine beglückwünschenswerte Gesprächsleitung hingelegt, Bernhard Hess kompetent und gelassen argumentiert und ein sichtlich nervöser Alex Tschäppät durch die Blume zum Faustrecht gegen Rechtsradikale aufgerufen hat. Ansonsten musste man einmal mehr eine Debatte verlassen, die in ihrer polarisierenden Kontradiktion niemals zu irgendwelchen Ergebnissen führen kann, einerseits, weil vor allem die linke Front verhärtet ist und andererseits, weil bislang immer verweigert wurde, Vertreter an einen Tisch zu bringen, die mit ihrer jeweiligen Szene eng verhaftet sind. Dies ist nicht immer auf das angebliche Kommunikationsdefizit der einen oder andern Seite zurückzuführen!

Alexander Nyffenegger,  
JSD-Presseschef Bern

**Luxus-Küche und Freifahrtschein:  
Die Schande vom Thorberg****Schleichender Rechtsextremismus?**

«Der andere Stammtisch» wurde er geheissen, jener Diskussionsabend in einem Berner Kulturzentrum, welcher dazu dienen sollte, Parteien wie den Schweizer Demokraten schleichenden Rechtsextremismus vorzuhalten. Ein überaus anständiger Andreas Z'Graggen, seines Zeichens Chefredaktor der eher linkslastigen Berner Zeitung, moderierte ein Podiumsgespräch zwischen SD-Nationalrat Bernhard Hess und SP-Nationalrat und Berner Gemeinderat Alexander Tschäppät, unter anschliessender Mitwirkung der Zuhörerschaft. Basis der Diskussion bildete die

Frage, ob Parteien des demokratisch rechten Spektrums zumindest Teilverantwortung tragen für etwaige sogenannte «politisch motivierte Gewalt». Hierbei machte Bernhard Hess geltend, dass die Schweizer Demokraten zwar jegliche gewalttätige Aktionen – egal ob von links oder rechts – rigoros ablehnen, jedoch in gewissen Fällen rechtsradikal gefährdeten Jugendlichen die Chance bieten, sich politisch für die Bewegung zu engagieren, insofern sie die politischen und moralischen Grundsätze der Schweizer Demokraten bedingungslos respektieren.

Ny. Justitia, quo vadis? Klingt zwar sehr pathetisch, trifft jedoch einmal mehr zu, wenn man sich der Um- und Zustände in der bernischen Strafvollzugsanstalt Thorberg gründlich bewusst wird. Nicht allein, dass die Menükarte für diese Häftlinge, von denen keiner aufgrund eines «kleinen Diebstahlchens» im Thorberg sitzt, ausgesprochen luxuriös ist (Café, Brot, Joghurt, Cornflakes, Butter, Konfitüre, feines Geschnetzeltes an Rahmsauce mit Reis, ein bisschen Vanillecrème etc.), wurden die Rädelsführer der Meuterei vom Som-

mer 2000 auch noch allesamt freigesprochen. Die zuständige Richterin erklärte gegenüber der Presse, dass in einem solchen Falle lediglich von einem «Aufstand» die Rede sein könne. Was soll man dazu als der ständigen Steuererhöhungen schon längst überdrüssigen Bürger noch vermerken, als dass solche Richtersprüche weiteren sogenannten «Aufständen» von schweren Kriminalen herrlich Vorschub leisten? Die Justiz, die sich stets der Weisheit rühmte (Sapientia et Justitia) ist definitiv am Ende!

**Kanton Basel-Land****SD BL: Ja zur Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer**

Der Vorstand und die Parlamentarier der SD Baselland haben für die Abstimmungen vom 4. März 2001 folgende Parolen gefasst:

Nachdem die Erbschafts- und Schenkungssteuer schon in verschiedenen Kantonen abgeschafft wurde, stimmen die Schweizer Demokraten der vorliegenden Baselländer Volksinitiative grossmehrheitlich zu. Unser Kanton würde mit der Abschaffung dieser Steuern noch etwas attraktiver werden. Es geht nicht an, dass Werte, welche vorher bereits besteuert worden sind, es mit dieser Steuer abermals werden. Doppelbesteuerungen sind im wahrsten Sinne des Wortes eine ungerechte Sache. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern behindern auch die Erhaltung des ersparten Vermögens innerhalb der Familie, weshalb manche beim Erbgang die Liegenschaft schlicht verkaufen müssen. Mit der Abschaffung dieser Steuern entfielen dies wohl weitgehend. Viele Familien hängen auch emotional an ihrer Liegenschaft und können es oft kaum verkraften, wenn sie ihre Liegenschaft aus finanziellen Gründen nicht halten können. Dem Parteienförderungsgesetz stimmen die SD einstimmig zu. Die

Parteien übernehmen im Dienste der Allgemeinheit wichtige staatspolitische Aufgaben, weshalb eine gezielte Förderung derjenigen Parteien, die sich über lange Jahre als konstante politische Kraft bestätigt haben, durchaus am Platze ist. In praktisch allen andern Ländern ist dies so. Dass der Kanton künftig den Versand von Unterlagen für die kantonalen und eidgenössischen Wahlen koordinierend übernehmen würde, könnte auch dem propagandistischen Werbewildwuchs etwas entgegenwirken. Positiv ist es, dass mit der teilweisen Offenlegung der Finanzen auch etwas mehr Transparenz in die Finanzierung der Parteien kommt. Was haben wohl FDP und SVP zu verbergen, dass sie dagegen Sturm laufen? Nicht alle Parteien haben dermassen überrissene Geldquellen wie diese beiden Parteien, weshalb das vorliegende Gesetz etwas ausgewogenere Spiesse ermöglicht. Aber die Grossen bleiben auch nach Annahme dieses Gesetzes noch gross!

Zur kantonalen Initiative «Heidehund und Naturschutz gemeinsam» beschlossen die SD ein knappes Ja.

*Pressedienst SD-Baselland*

**Kanton Thurgau****Erschwindelte Milliarden, Herr Villiger!**

Mit Kopfschütteln nehmen viele Mitbürger das grosse Theater um die etwa 6 Milliarden Überschüsse in der Bundeskasse 2000 zur Kenntnis. Dabei ärgert einerseits das unschuldsvolle Gebahren des «Kassenwartes» und andererseits die kritiklose oder doch harmlose Hinterfragung durch angeblich kritischen Journalismus.

Unsere Regierung hat darum Überschüsse gemacht, weil «Tafel Silber» verkauft wurde und das Geld direkt in die marode Kasse eingeschossen wurde. Erinnert sei an Substanzverkäufe auf Kosten der Volksgesundheit («letzte Mei-

le» 600 Millionen), an Versteigerungen für andere Funklizenzen, an laufende Goldverkäufe, die Verschacherung der PTT (Swisscom) und die Überwälzung einer stets defizitär arbeitenden Post auf den Buckel der Wirtschaft und der Privaten! Klar, dass Bundesrat Villiger Zweifel hegt, ob im 2001 wieder solche «Wunder» geschehen könnten.

Wichtig wäre darum, endlich den milliardenschweren Asylleerlauf und die unheimlichen Missbräuche auf allen Ebenen zu stoppen!

*Willy Schmidhauser, Präsident, SD Thurgau*

**Schweizervolk lächerlich gemacht?**

Am Neujahrsempfang des diplomatischen Korps hat Bundesratspräsident Leuenberger der Welt verkündet, die Schweiz werde

mehr Geld frei machen für die internationale Hilfe und Solidarität. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass wir heute schon Milliarden für

ungezählte Projekte, Organisationen und Institutionen zahlen (UNO, Rotes Kreuz, Nato, Weltbank, Entwicklungshilfe etc.) und zwar ohne vorher das Volk zu befragen, zeugt die Ankündigung «vor der ganzen Welt» von wenig demokratischem Fingerspitzengefühl. Betrachter müssen den Eindruck bekommen, Herr Leuenberger und seine Bundesräte könnten

selbst bestimmen. Wir vermissen die Achtung vor dem Volkswillen, vor dem Volkssentscheid und vor den demokratischen Spielregeln, Herr Bundesratspräsident! Wie kommen Sie dazu, vor diesen Herrschaften praktisch verbindliche Zusagen für uns und unser Land abzugeben?

*Willy Schmidhauser, Präsident, SD Thurgau*

**Herr Bundespräsident Leuenberger und die Realitäten**

In seiner Neujahrsansprache beschwört Bundesratspräsident Moritz Leuenberger das Schweizervolk: «Hüten wir uns vor Nostalgie, und lassen wir uns nicht leiten von der Angst vor dem Fremden!» Wir Schweizer Demokraten fragen, wovon hütet sich Bundespräsident Leuenberger, damit er derartige Aufrufe überhaupt machen kann? War er schon in einem Spital, in einer Geburtsabteilung, in einem Kindergarten, in einer Klasse, an einem Bahnhof, in einem Arbeiterquartier, in einem entsprechenden Wohnviertel, in einer Gewerbeschule, auf einem Rummelplatz, in einem Nachtlokal, in einem Gefängnis oder ganz einfach auf der Strasse; es muss ja gar nicht die Langstrasse sein? Hat er da noch unsere Sprache gehört? Ist er da

nicht der Einschüchterung, der Gewalt, dem Terror und der Erpressung begegnet? Hat Leuenberger nicht realisiert, dass immer jüngere Ausländer Schweizer und Ausländer immer brutaler und rücksichtsloser zusammenschlagen; oft völlig grundlos! Spitalreif, lebensgefährlich, ja tödlich in ungezählten Fällen? Muss es da nicht auch Leuenberger & Co. bald einmal Angst und Bange werden, und wie lange wird es wohl noch dauern, bis der Dämmste im Lande merkt: Es gibt nur eine Richtschnur für uns und unsere Zukunft – sofern wir überhaupt noch eine haben. Es gilt, die Realitäten zu beachten und endlich, endlich daraus zu lernen – bevor es definitiv für unser Land zu spät ist!

*Pressedienst SD Thurgau*

**Kosovo-Albaner werden nicht zurückgeschafft**

Über 70'000 Kosovo-Albaner wurden als Gewaltflüchtlinge aufgenommen. Gewaltflüchtlinge kommen einfach, ohne Verfahren – man will schnell und unkompliziert helfen, Leben retten. Leider wird dieses generöse Entgegenkommen ausgenutzt. Anstatt bei Kriegsende 1999 einfach alle 70'000 zurückzubringen, stellten viele mit Hilfe von Hilfsorganisationen (und deren Anwälten) Asylträge, andere machten Verfolgung oder Minderheiten-Verfolgung geltend! (in EU-Staaten war eine konsequente Rückschaffung 1999 kein Problem.)

Heute, nach bald zwei Jahren, rühmt sich das Bundesamt für Flüchtlinge BFF, 40'000 hätten per Ende November das Land verlassen. Ist das nicht ein gewaltiger Betrug, eine bundesrätliche Frechheit ersten Ranges? Was ist mit dem grossen Rest von 30'000 Personen, und wo bleibt das gegebene Wort? Schon damals, während des Jugos-

lawien-Kriegs konnten 8000 Bosnier bleiben, obwohl Arnold Koller hoch und heilig geschworen hatte! Was sind solche Bundesräte noch wert? Ist es da nicht verwunderlich, dass sich immer mehr angewidert abwenden, nicht mehr an die Urnen gehen? Ist es da nicht nachvollziehbar, wenn viele von Politik und Politikern mit grosser Verachtung reden? Was aber geschieht mit unserem Recht, wozu brauchen wir gerechte Regelungen? Kommt die Tatsache dazu, dass jene 8000 Bosnier, wie jetzt die 30'000 Kosovo-Albaner, fast alle moslemischen Glaubens sind und ganze Sippschaften als «Familiennachzug» in die Schweiz nachkommen lassen! Welch prächtiger Volksbetrug wird uns da serviert? Ein (Weihnachts-) Wunder, dass in unserem Lande Frust und handfeste Verärgerung nicht längst überhand genommen haben!

*Pressedienst SD Thurgau, Kantonale Parteileitung*

**Einbürgerung bringt nichts!**

Eine Einbürgerung ist heute so leicht, dass keine weiteren Erleichterungen nötig sind. Viele wollen

kein Bürgerrecht, weil damit auch Pflichten (z.B. Militär) verbunden sind! Einbürgerungen sind auch



bei den Schweizern verpönt, weil jeder Ausländer Doppelbürger wird und mehr Rechte und Möglichkeiten erhält als Normalsterbliche. Wieviele Deutsch- und Weiterbildungskurse wurden von der Arbeitslosenkasse bezahlt, aber von den ausländischen Mitbürgern aus Bequemlichkeit gar nie besucht? Integration ist von der Anzahl der Ausländer abhängig. Ist der Ausländeranteil zu hoch, ist eine Integration gar nicht mehr

nötig. Ausländergruppen bilden ihren Staat im Staate. Soweit sind wir heute. Besondere Verstimmung schafft die Tatsache, dass Eingebürgerte zwar aus der Ausländerstatistik verschwinden, also die Zahl der Ausländer abnehmen sollte. Doch genau das tut sie nicht, im Gegenteil, es kommen immer neue Heere. Das ist das Elend in unserem Lande und unserer Politik!

Willy Schmidhauser, Dettighofen

## Stadt Zürich: Patrick Blöchliger neuer Gemeinderat



csz. Auf die Sportferien hin ist unser Gemeinderat Kurt Miescher (Kreis 11) aus dem Zürcher Stadtparlament zurückgetreten, weil er aus der Stadt wegziehen wird. Er gehörte dem Rat seit 1998 an. Seine keineswegs leichte Aufgabe als einziger SD-Vertreter meisterte er mit grossem Einsatz. Immer wieder wies er auf die verheerenden Folgen der Überfremdung im Schul-, Sozial- und Sicherheitsbereich hin. Auch unternahm er diverse quartierpolitische Vorstösse. Neben seiner Tätigkeit im Parlament half er auch öfters bei Flugblattverteilungen mit. Die

Zürcher Stadtpartei der Schweizer Demokraten dankt Kurt Miescher für die geleistete Arbeit herzlich. Anstelle von Kurt Miescher wird im April Patrick Blöchliger in den Gemeinderat eintreten. Er ist 23-jährig, kaufmännischer Angestellter und arbeitet seit längerer Zeit im Parteivorstand mit. Bei unzähligen Stand- und Flugblattaktionen hat er grosses Engagement für unsere Sache gezeigt. Wir freuen uns, dass sein Einsatz nun mit der Wahl ins Stadtparlament honoriert wird. Mit Patrick Blöchliger zieht ein junger «Affoltemer» in den Rat ein, der die vielen jungen Schweizer und Schweizerinnen, die gerade in diesem Quartier sehr unter der Überfremdung leiden, bestens vertreten kann.

## Kanton Zürich

### Schlagwort «Integration»

Zürich wird von Einwanderern aus immer exotischeren Ländern überflutet. Wegen des babylonischen Wirrwarrs von Sprachen und Kulturen ist an manchen Schulen kein normaler Lernfortschritt mehr möglich. Die Masseneinwanderung belastet unsere sozialen Einrichtungen aufs Äusserste und führt zu erheblichen Sicherheitsproblemen. Wir Schweizer und Schweizerinnen werden zusehends zu Fremden im eigenen Land. Doch das kümmert den Stadtrat und die Regierungsparteien nicht. Sie schauen der

ten zusammenleben wollen, die sich in unser Land drängen, interessiert die Politbarone von links bis rechts nicht im geringsten. Sie wollen uns eine «multikulturelle Gesellschaft» aufzwingen, ziehen es aber selber vor, in einer «besseren» Wohngegend zu leben und/oder ihre Kinder in Privatschulen zu schicken. Sie können sich das leisten...

Überall auf der Welt ist es selbstverständlich, dass die Bedürfnisse der Einheimischen vorrangig sind. Der Zürcher Stadtrat hingegen will darüber nicht einmal eine Abstimmung zulassen, sondern versucht, eine entsprechende Initiative der Schweizer Demokraten mittels Ungültigerklärung abzuwürgen. Unsere «Stadtväter und -mütter» verschleudern Steuergelder, um in ganzseitigen Inseraten das multikulturelle Durcheinander zu propagieren. Doch die vielbeschworene «Integration» bleibt ein blosses Schlagwort, mit dem die Regierenden versuchen, eine offene, tabufreie Diskussion über Sinn oder Unsinn der Masseneinwanderung zu verhindern.

Allen Völkern dieser Erde wird das Recht auf Selbstbestimmung und Erhaltung ihrer Kultur zugestanden. Nur bei uns Schweizern wird jede Regung des volklichen Selbsterhaltungswillens mit Hilfe der fast vollständig gleichgeschalteten Medien als «Rassismus» verschrien.

Die politische «Elite» verlangt von uns, dass wir uns selbst aufgeben und in einem identitätslosen Völkergemisch untergehen. Ein solches hätte natürlich die globalisierte Managerkaste am liebsten, weil die Menschen dann zur problemlos herumschieb- und ausbeutbaren Manipuliermasse würden. Doch dagegen ist Widerstand angesagt. Auch wir Schweizer und Schweizerinnen haben ein Menschenrecht, als Volk fortzubestehen!

Wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir dieses Recht einfordern.

Schweizer Demokraten  
der Stadt Zürich

### Entschweizerung ganzer Quartiere

tatenlos zu bzw. fördern diese sogar noch. Immerzu heisst es, wir müssten halt die vielen Zuwanderer «integrieren». Doch dafür ist der Zug längst abgefahren, weil die Einheimischen vielerorts schon in der Minderheit sind. Früher kamen die Ausländer aus den europäischen Nachbarländern. Bei ihnen liess sich erwarten, dass sie im Laufe von zwei, drei Generationen in unserem Volk aufgehen würden.

Heute hingegen strömen aus Drittweltländern Menschen ins Land, die – selbst wenn sie wollten – kaum je assimilierbar sind, sondern uns immer fremd bleiben werden. Nach dem Willen der Regierungspolitiker sollen sich die Leute vom Balkan, aus Asien, Afrika etc. auch gar nicht anpassen, sondern ihre fremden, mit unseren Sitten und Gebräuchen unverträglichen Kulturen bei uns einpflanzen. So werden wir regelrecht kolonisiert und besteht die vom Stadtrat geforderte «Integration» letztlich darin, dass die Schweizer und Schweizerinnen sich den Ausländern anpassen müssen. Von uns Einheimischen verlangt man unablässig «Toleranz». Was wir selbst diesbezüglich erwarten dürfen, wenn wir dereinst definitiv zur Minderheit geworden sind, kann man daran sehen, wie in den Herkunftsländern vieler Einwanderer z.B. mit Andersgläubigen umgegangen wird. Ob wir Schweizer und Schweizerinnen überhaupt mit all den Leu-

### Stadt Zürich, Abstimmung vom 4. März

## Nein, zum Verschonen des Schweizer Passes

Am 4. März findet in der Stadt Zürich eine Abstimmung statt über die Abschaffung der Einbürgerungsgebühren. Künftig soll für eine Einbürgerung nur noch eine kostendeckende Schreibgebühr verlangt werden dürfen! Die SD sind strikte gegen eine solche gravierende Erleichterung der Einbürgerungspraxis.

Zur Zeit werden in Zürich die Einbürgerungsgebühren nach dem Einkommen abgestuft. Diese betragen im allgemeinen deutlich weniger als einen Monatslohn, meist sogar weniger als die Hälfte. Die durchschnittliche Einbürgerungsgebühr beträgt in Zürich zur Zeit 1650 Franken, das Minimum ist bei etwa 120 Franken. Das kann nun wirklich jeder bezahlen; eine finanzielle Hürde stellt eine solche Gebühr

sicher nicht dar. Und wie sagen wir Schweizer «Was nüt choscht, isch nüt.» Aber gerade das wollen ja unsere «linken und netten» Schweizerhasser, dass unser Schweizer Pass nichts mehr wert sein soll. Ein nächster Schritt wird wohl sein, dass man den Schweizer Pass im Warenhaus kaufen kann und ein übernächster, dass man ihn den Einreisenden direkt an der Grenze oder am Flughafen aushändigt.

**Deshalb, liebe Zürcherinnen und Zürcher, wehret den Anfängen und stimmt am 4. März wuchtig Nein zur Abschaffung der Einbürgerungsgebühren.**

Und wer noch zögert, lese den beiden folgenden Beiträge, dann wird es jedem klar, wie man stimmen muss!

## «Freiheit, dass man zahlen muss»

Unter diesem Titel erschien in der Aargauer Zeitung, Seite «Zürich», am 3. Februar ein Artikel über die bevorstehende Abstimmung in der Stadt Zürich über die Abschaffung der Einbürgerungsgebühren. Auf einer halben Seite wurde die kürzlich eingebürgerte Jugoslawin I.M., die seit ihrem zweiten Lebensjahr in der Schweiz wohnte, porträtiert. Hier einige Auszüge, die man sich merken sollte! «Die balkanischen Kriegswirren machten ihren jugoslawischen Pass zum Nachteil. Für jede Reise in Europa musste sich die junge Frau ein Visum beschaffen. Da lag es nahe, ein Einbürgerungsgesuch zu beantragen.» Aha, so ist das also, offenbar wurde das Einbürgerungsgesuch nicht aus Überzeugung und mit dem

Herzen gestellt, sondern um Unannehmlichkeiten aus dem Weg zu räumen. Aber auch die folgenden Absätze, in welchen Aussagen der heute 29-jährige Ex-Jugoslawin wieder gegeben werden, zeigen in dieselbe Richtung: An die Jungbürgerfeier ging sie nicht. Dazu I.M.: «Das war nicht so wichtig für mich. Nachdem es so lange gedauert hatte, wollte ich nicht noch mehr Zeit investieren»(!!!). Mit andern Worten, jetzt wo sie eingebürgert ist, braucht sie nicht mehr zu heucheln.

Und I.M. weiter: Grundsätzlich finde ich es eine Frechheit, worin Angehörige der zweiten oder dritter Ausländergeneration eine Gebühr

Fortsetzung Seite 12

bezahlen müssen. Wenn du lange genug da bist, müssten sie dir die Einbürgerung eigentlich gleich anbieten. Aber heute wird dir fast das Gefühl vermittelt, du müsstest dankbar sein, dass du ein Gesuch überhaupt stellen darfst. Schade.» Soweit diese I.M. Man merke sich: «Man müsste die Einbürgerung anbieten (!!!) Aber die Schweizerinnen und Schweizer sollten eigentlich froh sein, dass

solche Leute nicht noch verlangen, dass gebürtige Schweizer ein Gesuch stellen müssen zur Beibehaltung ihrer Nationalität und ihres Passes.

Entscheiden über diese Gesuche würden logischerweise die Ausländer und eingebürgerten Schweizer. Aber was nicht ist, kann ja noch kommen!

*Dr. Dragan Najman, Grossrat, Baden*



## Tempolimit für EU-Turbos

Letzten Mai hat unser Volk den bilateralen Verträgen zugestimmt. Die Schweiz ist noch nicht reif, «ohne Verzug» mit der EU Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, nötig sind zuerst die Erfahrungen mit den bilateralen Abkommen. Die Dänen haben im September den Beitritt zum Euro abgelehnt und der Fall Österreich sollte uns wachhalten: Ungerechtfertigt und heuchlerisch wurde die Alpenrepublik ein halbes Jahr lang boykottiert und gepeinigt. Innert kurzer Zeit brachte am 6. Dezember eine überparteiliche Aktion das EU-austrittsvolksbegehren zustande. Will unser Volk wirklich in ein

monströses Gebilde, wo Korruption und Skandale Minister und Länder erfassen und die Wirtschaft dem finanziellen und moralischen Ruin zutreibt? Skandale und Atommüll, leidige Tiertransporte, Rinderseuche, Bauernsterben, Massentierschlachtungen schrien zum Himmel. Die Folgen und Opfer der italienischen Mafia sind bekannt, mit dem Zigaretten-schmuggel hat sie unser Tessin erobert. Die belgische «Filz» verhindert bis heute den Prozess gegen den Kinderschänder und Mörder Dutroux. Die deutsch-französische Connection ELF-Ölkonzern/Leuna-Raffinerie hat die Wirtschaft und namhafte Politgrößen wie Mitterrand, Dumas und Ex-Kanzler Kohl an den Pranger gebracht. Selbst gegen die politischen Moralapostel Europas, Chirac (F) und Fischer (D) laufen klagen. – In Politik und Wirtschaft brauchen wir dringend Führungskräfte mit Mut zur Moral, statt grössenwahnsinnige Manager und Verantwortungslose Staatenlenker!

Zur Zeit ist die EU ein Scherbenhaufen – nun wollen die Befürworter sofortige Beitrittsverhandlungen unter dem Motto: Scherben bringen Glück!

*Elmar Schneider, Goldach*

der Abstimmung zum Antirassismugesetz wurde dem Volk gesagt, die Bestimmungen gälten nur für gefährliche Leute wie Neonazis und Rassisten, welche andere Menschen wegen ihrer Abstammung und Zugehörigkeit zu anderen Volksstämmen angreifen oder verunglimpfen. Dies jedoch tat Dr. Kessler nie, er beanstandete die leider noch allzu häufigen Missstände in der Haltung auch unserer Nutztiere ebenso wie brutale Schlacht Methoden, und zu diesen gehört nun leider vor allem das Schächten, wo Rinder, Kühe, Kälber und Schafe durch Fesseln und Niederwerfen (manuell oder mechanisch) sowie mechanisches Strecken des Halses

in entsetzliche Todesangst versetzt werden. Auch das Ausbluten wird bewusst erlebt, denn es können ja nur zwei der sechs Halsarterien durchtrennt werden. Das qualvolle Sterben dauert viel zu lange! Im Talmud steht nichts über das Schächten. Wer aber sicher sein will, kein Gebot und auch keine Tradition zu verletzen und dennoch keine qualvollen Tieropfer zu unterstützen, könnte in der vegetarischen Ernährung eine befriedigende und erst noch gesunde Lösung finden. Ich und einige meiner Freunde haben darauf umgestellt und fühlen uns sehr wohl dabei.

*Elisabeth Simon-Eberli, Märstetten*

## Schwarze fahren nicht schwarz

Das Gesetz über Rassismus treibt merkwürdige Blüten. Als ich neulich mit dem Postauto ins Äugstertal fuhr, kam ein Postkontrolleur. Ein Schwarzer war drin mit Ausweis und einer ohne. An der Strecke zwischen Affoltern und Äugst befindet sich Affolterns zweites Asylantenheim. Daneben ist das Kinderspital. Beides ist von Affoltern aus in ca. 25 Minuten erreichbar. Als ich noch im Kinderspital arbeitete, ging ich mit dem Velo bis zur Steigung oder zu Fuss. Das ist offenbar für junge Schwarze unzumutbar. Sie benutzen regelmässig das Postauto. Ich habe noch nie gesehen, dass einer einen Fahrausweis kaufte oder eine Mehrfahrtenkarte entwertete. Endlich wurde einer erwischt. Am Ende der Postautofahrt sagte ich zum Kontrollleur, dass er öfters kommen sollte, ich sei überzeugt, dass viele schwarz fahren würden.

Er entgegnete, sie seien angewiesen worden, nicht mehr von «Schwarzfahrern», sondern von «Leuten ohne Fahrausweis» zu sprechen.

Es wimmelt bei uns und in Zürich von Schwarzen. Warum kommen sie in so grosser Zahl zu uns? Weil sie bei uns mit Mobiltelefonen und Zigaretten durchs Dorf stolzieren können... Warum gehen sie nicht nach Belgien und Frankreich, die einst ihre Kolonialherren waren und sie ausnutzten?

Dazu haben wir noch 20'000 Moslems. Ich bin froh, dass ich alt bin. Dann muss ich nicht mehr erleben wie die Ausländer uns auffressen; dass es uns so geht wie den Aborigines in Australien oder den Indios in Amerika. Glücklicherweise musste mein Vater dies nicht mehr erleben, denn er war ein guter Patriot.

*Beatrice Schärer, Affoltern a.A.*

## Datenschutz nur für linke Chaoten?

In der FACTS-Ausgabe vom 1. Februar 2001 sind die Demonstrationen-Bilder von Zürich zu sehen. Die brutalen Bilder, wo linke Chaoten in blinder Zerstörungswut Autos demolierten und diese auch anzündeten, werden eindrucksvoll in Ihrer Zeitschrift gezeigt. Gewundert hat mich, dass die Gesichter der Randalierer auf dem Bild von der Facts-Redaktion abgedeckt wurde, damit diese nicht erkennbar sind.

Nun erinnere man sich an die friedlichen Demonstrationen auf dem 1. August 2000 von sogenannten Rechten auf dem Rütli. Niemand

kam bei diesem Ereignis nur mit einem Franken zu Schaden, oder jemand wurde gar verletzt. Wohl wurde die EU-Rede des Bundesrates Villiger mit Buh-Rufen gestört. Regelmässig werden nun die «Ereignisse» vom 1. August 2000 in den Medien gebracht. Der Unterschied zu den Krawallen vom 27. Januar 2001 in Zürich besteht darin, dass bei den Rütli-Demonstranten deren Gesichter auf den Fotos nicht abgedeckt werden. Vermutlich weil die Leute darauf besonders gut erkennbar waren, bekam dieses Bild auch noch einen Preis.

*Kurt Koller, Lichtensteig*

## Kritik am Schächten antisemitisch?

Die Israelitische Cultusgemeinde hat (erneut) Strafanzeige eingereicht gegen den Tierschützer Dr. Erwin Kessler, da sein Bericht über den gegen ihn geführten Schächtprozess rassendiskriminierend sei.

Bei diesem Prozess wurde Dr. Kessler zu 45 Tagen Gefängnis unbedingt verurteilt, wegen angeblich rassistischer Äusserungen. Mein Rechtsempfinden empört sich gegen diese Verurteilung! Vor

## Offiziersgesellschaft und VBS auf Abwegen?

Als Stabsoffizier der Schweizer Armee stellte ich mit Befremden fest, dass der Präsident der Offiziersgesellschaft, Nationalrat Ulrich Siegrist, offenbar bei der SP angesehener ist als in den eigenen Kreisen. Soweit so gut bzw. so schlecht.

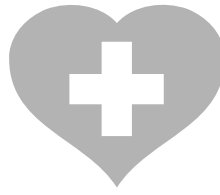
Wenn jedoch ein Inserat der Schweizerischen Vereinigung Pro Libertate im Handbuch «Schweizer Armee 2001» (Verlage Huber, Frauenfeld) bei SP-Mitglied und VBS-Pressesprecher Oswald Sigg «Verwunderung» auslöst (Berner Zeitung vom 6.1.2001), dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Die Vereinigung Pro Libertate setzt sich seit Jahren für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde ein und will eine sichere, in Freiheit lebende und zukunftsgerichtete Gesellschaft – im Dienste der Menschen. Was ist daran so falsch? Wäre Herrn Sigg ein Inserat der Gruppe Schweiz ohne Armee lie-

ber gewesen? In diesem Umfelle erstaunt es eigentlich bereits nicht mehr, wenn Korpskommandant Jacques Dousse am Jahresrapport des Inf Rgt 1 offen für die Initiative «Ja zu Europa» wirbt, dies im krassen Widerspruch zu Artikel 96 des geltenden und allen Angehörigen der Armee abgegebenen Dienstreglementes.

Politische Bestätigung in Uniform ist gemäss diesem Artikel eindeutig verboten, denn sie gefährdet den Zusammenhalt der Truppe und den geordneten Dienstbetrieb. Bundesrat Samuel Schmid ist freundlich aufgefordert, hier umgehend einzuschreiten. Ich bin davon überzeugt, dass er es nicht zulassen wird, dass Truppenkurse und Offiziersrapporte oder gar die Pressestelle des VBS zu einseitigen Propagandafeldzügen missbraucht werden.

*Thomas Fuchs, Stadtrat, Bern*





## Un autre regard

Nous vivons à une époque de grands bouleversements autant géologiques, scientifiques que politiques. Il semble que tout change autour de nous, plutôt contre nous qu'avec nous. Seuls quelques illuminés et autres idéalistes virtuels qui n'ont jamais du faire face à des problèmes subsistenciels, trouvent notre époque très intéressante et hautement enrichissante.

Voilà où le bât blesse. Pour la grande majorité des populations durement bousculées par une immigration sauvage contre laquelle elles ne peuvent se défendre puisque ce sont leurs propres gouvernements qui facilitent ce processus d'une part, et d'autre part la prolifération des bandes dessinées, écrites et cinématographiques qui tourmentent dans la tête des enfants la vision du monde tel qu'il est (pokémons, monstres et autres personnages difformes) ces changements imposés prennent une forme institutionnelle qui change les moeurs, les us et les coutumes ancestrales, notre façon de vivre, et une appréciation de notre environnement qui se transforme en pire.

Qu'y a-t-il vraiment derrière cette politique de science fiction qui envahit également nos bibliothèques, nos écrans de cinéma, nos scènes de théâtres et les peintures modernes dans nos musées, comme pour préparer notre subconscient et notre conscient à une prochaine venue d'aliénogènes sur notre planète. En effet, comme dans le film «Roswell», on ne saura plus qui est qui, et nous ne serons plus effrayés de voir surgir devant nous l'incarnation d'individus de bandes dessinées. Nous aurons été habitués au voile islamique, à la couleur noire ou jaune des peaux, aux langues étrangères, à la nourriture différente apparaissant sur nos tables, à la kipa et aux malades du HIV. On se défend de moins en moins contre l'IVG qui est de plus en plus souvent remboursée par les caisses maladie, on trouve que mourir dans la dignité n'est que justice face à la liberté d'expression que l'on refuse par ailleurs si cette liberté s'exerce à l'encontre des allogènes et bientôt nous serons convaincus de la logique des munitions à l'uranium appauvri et des génocides qui com-

plètent une disparition massive des êtres humains en cas de catastrophes naturelles.

Alors quoi d'étonnant si l'on se demande à quoi sert tout ça? Ne sommes-nous que des pokémons inventés par des extranéens dont on parle beaucoup au Pentagone et au Kremlin? Après les décisions de Club de Rome qui exigent une réduction immédiate de la population par tous les moyens pour éviter la catastrophe d'une explosion démographique que constate-t-on? Les génocides, guerres récurrentes ou maladies contagieuses reviennent en force sur tous les continents, elles sont sûrement programmées pour liquider une partie des terriens? Tous ces procédés tendent-ils à faire de la place aux extranéens qui cherchent une autre planète?

Et les milliards qui sont investis dans la recherche spatiale, dans les vaisseaux et autres stations futures pour le sauvetage de terriens fortunés, ne projettent-ils pas une aura qui ressemblent fort à la guerre des mondes redéfinie? Pourquoi cloue-t-on au pilori tous ceux qui essaient de dire la vérité sur l'atmosphère parfaitement respirable sur la Lune ou sur Mars?

On peut aller plus loin dans les suppositions. Ces tremblements de ter-

re, ces pluies diluviennes, ces explosions volcaniques, ces froids sibériens ou ces sécheresses torrides, ne sont elles pas sciemment provoquées pour éradiquer plus vite ces humains qui se multiplient sans retenue malgré tous les messages officiels, officieux ou subliminaux envoyés tous azimuts sur les ondes et dans la presse internationale? L'homosexualité qui se développe au moyen de street parades, de revendications hurlantes, et de pressions pour des PACS dans tous les pays au même moment, n'est-ce pas aussi un moyen absolu d'arrêter la procréation?

Décidément, l'avènement de la venue d'un Christ ressuscité s'approche, car pour ce nouveau gouvernement mondial, il faudra bien un leader fascinant qui ne sera accepté par des peuples angoissés et prêts au sacrifice, que s'il se présente comme le Messie auréolé de mythes historiques et religieux. La révolte citoyenne contre les différents Forums économicopolitiques, montre, bien qu'un malaise indéfini, inconnu et secret rongé le subconscient des êtres humains luttant contre des forces inconnues mais réelles et dangereuses.

Que pensez-vous de ces explications à contre-courant?

*Maria de Seimners, Genève*

## Où est la vérité?

Dans mon livre «Le Liban ne finit pas de mourir» paru il y a deux ans environ, je raconte ce que j'ai vécu entre 1968 et 1982 au Liban. Or, les nombreux articles dans la presse et les commentaires à la radio et à la TV me mettent très mal à l'aise. Il y a une quantité de petits détails omis volontairement ou pas, qui sont partie intégrante de cette tragédie du Moyen Orient qui ne finit vraiment pas de mourir.

Dans la manière de commenter les événements présents, y a-t-il vraiment un côté pile et un côté face? En tant que Suisse neutre, j'aimerais demander pourquoi on tape sur le clou d'un Ariel Sharon auteur des crimes de Sabra et Chatilla? Cette attaque du camp retranché civil où se cachaient des soldats de l'OLP fut attaquée par l'armée libanaise de Bechir Gemayel qui voulait venger l'assassinat par un musulman syrien, (les Syriens étant les alliés des Palestiniens au Liban) de 200 militaires libanais dans leur mess du dernier étage de leur quartier général. L'armée du Tshahal n'intervint pas, car

cela arrangeait le gouvernement israélien. Pourquoi souligne-t-on qu'Ariel Sharon est le leader des extrémistes révolutionnaires nationalistes, alors qu'en face de lui se dresse Arafat lui aussi ancien chef fanatique de l'OLP.

En parlant des émigrés palestiniens qui veulent revenir au pays, il faut se souvenir que ce sont des propriétaires fonciers palestiniens et d'origine islamique qui ont vendu, souvent jusqu'à deux fois, d'immenses territoires avec maisons habitées, à des Israéliens et même des Libanais. Ce qui me fut confirmé par le Major Haddad qui habitait Marjayoin au pied du château de Baufort. Je voyais en 1968 déjà, des rangées de tentes noires disséminées aux alentours de l'aéroport de Beyrouth et dans la plaine de la Bekaa, dans lesquelles survivaient les personnes déplacées chassées de leur résidence après la vente de la terre qu'ils cultivaient tant bien que mal par manque d'eau. Il n'est pas étonnant que n'étant pas les bénéficiaires de ces transactions juteuses, ces laissés pour compte

pour survivre plus décemment que sous tente, se sont ligués pour creuser sous Beyrouth, des galeries appelées Tall-el-Zataar, une ville souterraine d'où ils furent chassés dans les années 80, sauvés partiellement par les Français qui avaient envoyé leur flotte dans la Méditerranée. J'ai trouvé à l'époque scandaleux que des étrangers musulmans pour la plupart, viennent voler une partie d'un pays comme le Liban, habité par des chrétiens maronites, des Druzes et des Zgortotes, qui malheureusement ne s'entendaient pas entre eux pour suivre une politique commune. D'ailleurs le Liban, pays créé par les Français en 1954, était loin de former un ensemble cohérent.

Si l'on compare ces événements à ce qui se passe chez nous en Europe, que ferions-nous si un jour de très riches étrangers achetaient une partie du territoire et en chassaient les habitants pour y placer leurs ressortissants? Où irions-nous? Qui nous accueillerait? Aurions nous en Suisse un nouveau Guillaume Tell ou un autre Winkelried? Devrions-nous accepter une occupation militaire coûteuse qui ne servirait à rien? Devrions nous entamer des négociations comme au

Sri Lanka pour donner un tiers du pays à une autre ethnie? Il est en tout cas présomptueux de notre part d'essayer de justifier ou d'expliquer proprement ce qui se passe en Palestine. Que doit-on faire ou ne pas faire pour survivre, surtout si par dessus le marché, la question de l'eau qui agite les esprits jusqu'aux forums de Davos et de Porto Alegre cherche une solution globale mondiale et équitable pour chacun?

*Mary Meissner, Vernier*

## Le Pilori

### On remet ça

Une fois de plus le 4 mars à Genève, le corps électoral devra se prononcer sur le vote des étrangers et croyez moi, plus de 50% de la population provient des quatre coins de la planète. Alors, avec ses idées multiculturelles et multiraciales et son but de métisser la planète entière si nécessaire, la gauche majoritaire demande notre approbation,

*Suite en page 14*

au vote et à l'éligibilité des étrangers, sûr le plan communal, car c'est le premier pas qui coûte le plus.

Par contre ce qui est plus grave ce sont les nouvelles conditions proposées: Il n'y aura plus aucun délai de séjour dans le canton ce qui suppose donc forcément la méconnaissance totale des institutions genevoises. On supprime même l'obligation de connaître la langue. «Of course» la tour de Babel-Genève est déjà bien empruntée vis-à-vis des 182 langues qui se côtoient et l'anglais est un «must» pour pouvoir y travailler.

En cas d'élection, les étrangers, internationaux compris, pourront fixer le montant des impôts communaux, alors qu'eux mêmes en sont exemptés. La cerise sur le gâteau concerne la naturalisation qui

pourra être accordée par des étrangers à d'autres étrangers copains ou parents.

Vive le cosmopolitisme à Genève, cette cité qui se distingue une fois de plus par sa trahison et sa soumission aux «outsiders», contre les citoyens suisses qui les accueillent, c'est le pied!

## Revenons au foulard

Alors qu'en Suisse on tergiverse sur le port du foulard dans telle ou telle école, pendant telle ou telle leçon, les Algériens viennent de promulguer une loi qui renforce la lutte contre cette tendance de couvrir les cheveux féminins, et les infractions seront passibles de 5 ans de prison. Le Conseil du gouvernement algérien a adopté un texte ex-

posant les motifs présentés par le Ministre de la Justice Ahmed Onyaha qui souligne qu'une amende de 1250 à 5000 francs pourrait être ajoutée à la prison vis-à-vis des contrevenants qui arboreraient

une tenue, un habillement ou tout autre signe ostentatoire de propagande, d'encouragement, ou d'apologie islamiste. La peine sera

*Suite en page 15*

## Davos est l'arbre qui cache la forêt

M. Jean Ziegler, qui, dans l'émission «Arena» de la télévision allemande du 26 janvier, a accusé la globalisation du capital de cannibalisme économique, ainsi que tous les protestataires contre le Forum de Davos (WEF) – qu'ils soient socialistes, communistes, syndicalistes, tiers-mondistes, pacifistes ou issus de mouvement religieux ou autres – jouent parfaitement le jeu de leurs adversaires présumés. En prônant les fumeuses idées d'une solidarité internationale, d'une ouverture au monde, d'un droit de pouvoir s'établir dans n'importe quel pays, et en repoussant toute notion d'un Etat national pour adhérer à celle d'un «village global», ils préparent par cet endoctrinement, le terrain pour la mondialisation économique et financière. Les déclarations faites devant les caméras de la TV ne sont qu'un leurre pour faire croire que quelque chose se fait contre la globalisation.

Les meneurs de ces groupes devraient savoir que les grandes décisions sur les plans économique, politique et militaire, donc sur le «Nouvel Ordre Mondial», ne se prennent pas à l'occasion des manifestations genre WEF, mais à huis clos et sans la présence des médias aux réunions de la Commission trilatérale (instiguée en 1972 par David Rockefeller, Zbigniew Brzezinski, Henry Kissinger et autres) et du groupe des Bilderberg dont la première séance avait eu lieu, en mai 1954, à l'Hôtel Bilderberg à Oosterbeek, Hollande, sous l'égide du prince Bernard des Pays-Bas. Ces deux groupes de réflexion se composent des p.-d.g. de puissantes sociétés multinationales, de magnats de la grande presse mondiale, de politiciens et militaires de haut rang.

Les médias passent sous silence ces réunions qui se déroulent dans la discrétion la plus absolue. En juin 1995, la télévision allemande a dû brièvement mentionner la rencontre des Bilderberg qui se tenait au Bürgenstock (LU) vu que les mesures de sécurité prises et le remue-ménage entre le complexe hôtelier et l'aérodrome de Stans ne pouvaient plus être ignorés.

Jamais on n'a pu entendre la moindre critique à l'égard de ces quasiment omnipotents groupes de la part des «damnés de la terre» et autres «défenseurs des pauvres». Cette attitude donne tout de même à

réfléchir. Ou bien, ils sont des ignorants, niais avides de publicité ou ils sont eux-mêmes au service des dites organisations et mènent leurs ouailles et le public délibérément par le bout du nez.

*Max-P. Morf, Genève*



## Non à l'adhésion à l'UE



*Bernhard Hess,  
Conseil national,  
Berne*

*Chers compatriotes*

Le 4 mars 2001, peuple et cantons voteront sur l'initiative populaire «Oui à l'Europe». Une initiative qui demande que le Conseil fédéral engage «sans délai» des négociations d'adhésion à l'Union Européenne. Et qui exige des négociations immédiates pour adhérer à l'UE; un oui à cette initiative serait par conséquent un oui à l'adhésion à l'UE!

Pour notre pays, l'adhésion à l'UE engendrerait un renchérissement général, des pertes financières et la fin de l'indépendance.

Notre prospérité – due aux efforts de plusieurs générations – en souffrirait. Nous perdriions aussi autodétermination, indépendance et neutralité – garantes de notre pros-

périté – mais aussi sécurité, paix et stabilité.

### Voici ce que l'adhésion à l'UE vaudrait aux Suisses:

- Verser 15 % de TVA
- Payer des loyers majorés de 20 à 25 %
- Verser annuellement 5 milliards à Bruxelles
- Gagner moins
- Faire face à un chômage accru
- Sacrifier le franc fort au faiblard euro
- Ruiner l'agriculture
- Financer la corruption style UE
- Subir davantage de tourisme de criminalité, d'insécurité et de crainte
- Être soumis aux ukases de Bruxelles
- Contribuer aux intérêts des grands pays de l'UE
- Se soumettre à des gouvernements étrangers
- Accepter «éternellement» le centralisme bureaucratique de l'UE
- Diluer notre pays dans un état UE unitaire

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

### ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des  
**Démocrates Suisses** **DS** 

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
Internet:  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

**Rédaction:**  
Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
E-Mail:  
[sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)



doublée si l'infraction est commise en groupe. N'est-il pas grand temps de mettre une fois pour toutes un point final à cette polémique du port du foulard en Occident qui n'a plus sa raison d'être, alors qu'il est interdit désormais dans plusieurs pays musulmans.

### Les réfugiés coûtent cher

La nouvelle législation sur l'asile en Suisse contraint de nombreux cantons à rendre les coûts du système de soins aux réfugiés et demandeurs d'asile plus raisonnables. Avec l'introduction de la loi, Berne a rendu forfaitaire le remboursement aux cantons des frais médicaux des personnes assistées. Le système ne met pas seulement en réseau le patient, le médecin, l'infirmière et le pharmacien. Il englobe aussi la caisse maladie SUPRA avec laquelle le canton a conclu un contrat collectif.

Neuchâtel est le premier canton romand à envisager une prise en charge intégrant tous les niveaux de soins et de formalités. La caisse maladie SUPRA a reçu l'an dernier 22'000 factures relatives à des pres-

tations accordées aux 1500 réfugiés concernés. Le coût des prestations s'est élevé à environ 1 million de francs. Cela s'appelle-t-il une bagatelle raisonnable pour ce canton qui doit être archi-riche?...

### L'absurde n'a pas de limite

Savez-vous que contre la pédophilie sur internet ou autrement, il n'y a aucune loi que protège d'une quelconque façon de pauvres petits enfants à travers le monde, mais aussi en Suisse, ce pays que se veut le chantre de la probité et de la propriété. Donc moralité: les pédophiles restent en liberté impunis et tranquilles pour continuer leur sale besogne. Il n'en est pas de même lorsqu'il s'agit de malheureux petits libraires qui ont vendu, à la demande de leurs clients, des livres interdits par le politiquement correct. Ils sont sciés vite fait bien fait par la guillotine 261<sup>bis</sup>. Bravo messieurs du gouvernement et de la justice qui doivent être poussés par des lobbies bien structurés comme la LICRA, pour dicter des lois s'appliquant aux individus les moins dangereux.

qui s'applique au test ADN devrait être mieux expliqué, contrôlé et seulement ensuite breveté.

Les explications exposées dans ce texte devraient être suffisantes pour renforcer la résistance européenne farouche à l'utilisation des OGM dans l'alimentation des hommes et des bêtes, à l'importation de ces produits qui sont aussi toxiques, vu l'impact inattendu et peut-être tragique de ces manipulations dictées par l'appât du gain, cette maladie contemporaine qui ne prend jamais en considération la

santé de populations entières. Après les poulets à la dioxine, la vache folle, les oeufs contaminés, les fromages à la salmonelle et les farines animales salopées, les perspectives d'une protection sanitaire garantie grâce à la «traçabilité» d'un produit est un gag délictueux. Ce n'est pas en sachant d'où vient un produit qu'on évitera, s'il est défectueux, la paralysie ou la mort, puisque la recherche longue et coûteuse ne se fera qu'après le drame, donc trop tard.

*Maria de Seimners, Genève*

## Est-ce naïf, aveugle ou fanatique?

Comme porte-parole de l'initiative du NOMES le Conseiller national Marc Suter essaie, dans ses entrées en scène, de nous faire croire que l'intégration totale dans l'UE sera le seul moyen pour faire entendre notre voix à Bruxelles. Mais, comme beaucoup de ses adeptes, il aime passer sous silence les atouts dont nous disposons tant que nous ne serons pas membre du Super- Etat européen. Dès le moment de notre adhésion, le Gouvernement suisse aurait bien son siège à Bruxelles, mais il ne pourrait plus jamais empêcher des décisions prises au détriment de notre pays par la majorité. Dans le Conseil des Ministres nous ne disposerions que de quelque 8 voix, ceci contre un total fixé à Nice à 345.

Notre Gouvernement n'aurait qu'à se plier au diktat européen. Finie alors l'époque du privilège sacré du peuple sous forme de référendum pour la plupart de nos intérêts. En même temps, ce serait la fin du rôle de pionnier dans des domaines qui se sont récemment révélés comme problèmes de première importance. En ce moment, la Suisse se trouve dans l'avant-garde pour la protection de l'environnement; nous sommes précautionneux dans la législation pour garantir la dignité humaine. Face à la lutte contre la prolifération de l'épidémie BSF,

des personnages politiques de pays européens exigent présentement que les Etats de l'UE prennent sans tarder les mesures telles qu'elles ont déjà été appliquées en Suisse. Handicapée voire aveuglée par son idéologie de globalisation et de rentabilité, l'administration bruxelloise s'avère en effet incapable de parer aux suites catastrophiques de sa politique de «marché universel libre». Même les plus ingénus doivent réaliser où la politique d'internationalisation et de globalisation risque de nous faire aboutir, autant notre génération que les générations à venir.

A mon avis, ceci est à la longue plus grave que les lourdes conséquences pécuniaires telles que notre contribution annuelle de quelque 5 milliards de francs suisses, le doublement de la TVA ou le renchérissement hypothécaire d'environ 3% et conséquemment celui des loyers, sans parler de la perte massive de nos droits politiques ou de notre souveraineté nationale.

Certes, la politique a besoin de personnages idéalistes, mais il n'est pas sage de ne vouloir voir qu'un côté de la médaille pour en oublier le revers. Ceci pourrait nous coûter très cher.

*Traugott Voegeli-Tschirky, Consul en retraite, Wettingen AG*

## Ce qui se cache vraiment derrière les OGM

Gilles Eric Seralini, professeur en biologie moléculaire, défend des positions critiques à l'égard des OGM et il s'attarde surtout au domaine sanitaire. Il est donc intéressant de scruter de plus près les dangers et problèmes qui attendent les humains au cours de ce troisième millénaire.

Commençons par les OGM agricoles. La prédominance des plantes agronomiques est écrasante. Cette donnée est liée au développement de stratégies inédites pour contrôler le marché mondial des semences. Les quelques entreprises impliquées dans ces programmes sont les plus gros vendeurs de pesticides dans le monde, principalement des insecticides et des herbicides. Elles vendent souvent l'herbicide par contrat en même temps que les semences. Ce n'est donc pas étonnant que 71% des OGM agricoles vendus à l'échelle mondiale sont rendus tolérants à un herbicide total, le Roundup fabriqué par Monsanto et le Liberty par Agrevo. Pour 28% des OGM agricoles vendus dans le monde, les plantes fabriquent elles-mêmes un insecticide. Le pourcentage restant est constitué de plantes rendues résistantes à des maladies fongiques ou virales.

Les vendeurs certifient que les rendements et la réduction simultanée des quantités de pesticides de synthèse déversés dans les champs sont une bonne chose. Pourtant l'utilisation intense d'herbicides to-

taux sur les champs d'OGM induit des résistances qui poussent à utiliser d'autres herbicides auxquels ces plantes restent sensibles, et cela entraîne une augmentation de 50% d'herbicide de toutes sortes.

Dans le sillage du génome génétique, les brevets de semences ne cessent d'être demandés malgré la faiblesse des résultats obtenus. Ces brevets sont de toutes façons une arnaque de la chimie mondialiste qui fabrique avec des procédés de transgènes semblables et soi-disant renouvelés, des dizaines de variétés de maïs et de soja. Ce qui est dangereux, c'est que les résidus qui se retrouvent dans l'alimentation, correspondent surtout à des constructions génétiques rudimentaires ou brouillons génétiques avec gènes marqueurs notamment. De là on peut se figurer l'influence que pourraient avoir ces manipulations sur le bon fonctionnement de la nature humaine. De plus, une étude en l'an 2000 montre que le rendement du soja transgénique qui représente plus de la moitié de la production mondiale, est de 6% inférieur aux cultures naturelles.

Le pire dont on ne parle pas, ce sont les tests sur les animaux, vite faits pendant quelques semaines durant lesquelles on les gave, donc impropres à être validés de quelque manière que ce soit. Les transgènes provoquent des mutations (risque de mutagenèse par insertion) qu'on ne peut constater sur une trop courte période. Le «silencing»



**Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten** **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
*Rudolf Keller, SD-Zentral-  
präsident, Frenkendorf*  
*Dr. Jean-Jacques Hegg,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)*  
*Bernhard Hess, Nationalrat,  
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*  
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,  
Einwohnerrat, Baden*  
*Alexander Nyffenegger,  
stv. Parteisekretär, Bern*  
*Willy Schmidhauser, Präsident  
SD Thurgau, Dettighofen*  
*Hans Steffen, Fischenthal*

## SD-Protest an TV DRS

Im Namen der Geschäftsleitung der Schweizer Demokraten protestiere ich mit aller Schärfe einer demokratischen Partei, die sich nicht wie die linken Chaoten benimmt, die mit «schöner» Regelmässigkeit durch gewalttätige Aktionen, Demos usw. die Schweiz in ein Chaos zu treiben versuchen, **gegen die zum wiederholten Mal krasse Benachteiligung unserer Partei.**

Gestern Samstag, 27.1.2001, hat der Unterzeichnete ca. um 15.30 Uhr ein Pressecommuniqué mit den Parolen der Schweizer Demokraten, die der Zentralvorstand gleichentags zu den eidg. Abstimmungen vom 4. März 2001 gefasst hatte, an TV DRS zu Händen der Tagesschau gefaxt. Gleichzeitig ging dieses Communiqué an die Presseagenturen sda und AP, von wo die Tagesschau sicher auch ein zweites (oder drittes) Mal orientiert worden ist.

In der Haupt-Tagesschau von 19.30 Uhr erschien nichts! Dafür wurden über 10 Minuten lang die Gewalt-szenen linker Chaoten sowie die Fassung der Abstimmungsparolen

## SD-Parolen

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat an seiner Sitzung vom 27.1.2001 folgende parolen für die eidg. Volksabstimmung vom 4. März beschlossen.

- |   |                            |
|---|----------------------------|
| <b>1. Initiative «Ja zu Europa»</b>                   | <b>Nein (einstimmig)</b>   |
| <b>2. Initiative «für tiefere Arzneimittelpreise»</b> | <b>Nein (2/3-Mehrheit)</b> |
| <b>3. Initiative «Tempo 30»</b>                       | <b>Nein (3/4-Mehrheit)</b> |

Den Initiativen 2 und 3 wurde aus dem Zentralvorstand etwelche Sympathie entgegengebracht. Die Meinung überwog aber – insbesondere bei der «Tempo 30»-Initiative – dass die Initiative zu weit gehe, da in vielen Ortschaften Tempo 30 bereits ziemlich flächendeckend eingeführt worden ist.

der SVP gezeigt. Die Abstimmungsparolen der SD, einer Partei, die heuer ihr 40-Jahr-Jubiläum feiert und seit 1967 ohne Unterbruch im Nationalrat (und dazu in diversen Kantons- und Gemeindeparlamenten einsitzt, wurden mit keinem Wort erwähnt. Dabei hätten maximal fünf Sekunden genügt für den Satz: «Auch die Schweizer Demokraten beschlossen dreimal Nein», wobei es natürlich nicht verboten wäre, noch weitere 5 oder 10 Sekunden ausführlicher über die Parolen der SD zu berichten.

Ein Protest meinerseits um 20 Uhr nützte nichts, auch in der 22 Uhr-Tagesschau erschien nichts, dafür

wieder ellenlang von den Anti-WEF-Chaoten und der SVP-Tagung. Ob Sie – um Ihrer «Orientierungspflicht» nachzukommen – die Parolen um 00.30 Uhr gebracht haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Zu den Feierlichkeiten zu unserem oben erwähnten 40-Jahr-Jubiläum sind Sie, geehrte Damen und Herren von TV DRS, schon heute herzlich eingeladen. Damit Sie diese in Ihrem Terminkalender jetzt schon einplanen können, hier eine Voranmeldung: **Die Feier wird am 1. August in der Gegend des Säntis durchgeführt werden.**

*Dr. Dragan Najman, Grossrat  
Pressechef SD Schweiz*

## SD gegen die Verschleuderung des Bürgerrechts

Die Schweizer Demokraten (SD) wenden sich vehement gegen den Vorschlag des Bundesrates, dass Ausländer der dritten Generation bereits bei der Geburt automatisch Schweizer werden sollen. Inakzeptabel ist auch die Idee der Einbürgerungserleichterungen bei der zweiten Ausländergeneration, auch dann, wenn sie den grössten Teil

der Schulzeit in der Schweiz verbracht hat. Selbstverständlich lehnen die SD auch ein willkürliches Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Einbürgerungen entschieden ab.

**Die SD bekräftigen hiermit ihren Beschluss des Zentralvorstandes vom 17. Juni 2000, mit welchem das Referendum gegen jegliche Er-**

**leichterungen der Einbürgerungen und gegen die Verwässerung der Einbürgerungsvorschriften einstimmig beschlossen wurde.** Niemals werden es die SD zulassen, dass das Schweizer Bürgerrecht zum Nulltarif verschleudert wird.

*SD-Medienmitteilung vom 31. Januar 2001, Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär*

### Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

**Abonnement  
SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## Referendum gegen Armee- Ausland-Einsätze eingereicht

Das überparteiliche Komitee «Kriegsabenteuer nein – humanitäre Präsenz ja» hat mit Unterstützung der SD zweimal über 65'000 Referendumsunterschriften gegen die Revision des Militärgesetzes eingereicht.

Damit steht fest, dass das Schweizer Volk über beide Gesetzesvorlagen, mit denen der Bundesrat eine **radikale Kursänderung** in unserer Sicherheits- und Aussenpolitik und schliesslich einen **NATO-Beitritt** herbeiführen will, **an der Urne** entscheiden kann. Jedenfalls werden die Schweizer Demokraten alles tun, um die folgenschwere Militärgesetz-Revision am 10. Juni 2001 zu verhindern!

*SD-Parteileitung*



www.auns.ch

**Ärmer  
werden.  
Freiheit  
verlieren.**

**Nein**  
zum  
**EU-Beitritt**

### Hiermit bestelle ich:

- ..... Ex. SD-Flugblätter «Nein zur EU»  
..... Ex. Aufkleber «Nein zum EU-Beitritt»\*  
..... Ex. Kleinplakate «Nein zum EU-Beitritt»\*

\*solange Vorrat; durch die AUNS kostenlos zur Verfügung gestellt

Name: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_



**Schweizer Demokraten**  
Postfach 8116, 3001 Bern